

Praxiswissen

„Telfs hat 15.300 Integrationsverantwortliche.“

Ewald Heinz (2012a), Integrationsbeauftragter der Marktgemeinde Telfs

Damit verweist der Integrationsbeauftragte auf die Verantwortlichkeit jeder Telferin und jedes Telfers, um das Klima des Zusammenlebens in der Gemeinde bestmöglich zu gestalten.



Abbildung 2: Praxiswissen (© FH Kärnten)

5 Integration gestalten – Zusammenleben gestalten

5.1 Möglichkeiten der organisatorischen Verankerung von Integration

In den kleinen und mittelgroßen Gemeinden des ländlichen Raums ist das Thema „Integration“ unterschiedlich organisatorisch verankert, und es zeigen sich unterschiedliche Formen, wie die Querschnittsmaterie „Integration“ bearbeitet werden kann. Nachfolgend ein Überblick:

- Erste Maßnahmen entstehen im Rahmen der *Lokalen Agenda (LA) 21* (z. B. in der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems oder der Stadtgemeinde Wörgl).
- Erste Maßnahmen durch *Initiativen/Projekte des Landes* [z. B. „Runder Tisch – Integration in Radstadt“: Erhebung der Bedürfnisse für ein erfolgreiches Zusammenleben, Festlegung von Ansprechpersonen für die verschiedenen in Radstadt lebenden Bevölkerungsgruppen, Ausarbeitung von Themenschwerpunkten, Weiterbearbeitung in Arbeitskreisen (Mistlberger 2012, S. 3)].
- (Erste) Maßnahmen im Rahmen der Aktion „*Familienfreundliche Gemeinde*“ (u. a. in der Stadtgemeinde Wörgl).
- *Politischer Ausschuss*, bei dem es einen Verantwortlichen gibt, der das Thema auf politischer Seite weitertreibt (z. B. Marktgemeinde Frankenburg, Stadtgemeinde Wörgl, Stadtgemeinde Korneuburg).
- *Sprechstunden* für die Bevölkerung (z. B. Stadtgemeinde Wörgl).
- *Integrationsbeauftragte/r in der Verwaltung* (z. B. Marktgemeinde Telfs).
- *Integrationsbeirat* (verschiedene Möglichkeiten der Organisation, z. T. ehrenamtlich organisiert wie in der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems).
- *Integrationsarbeitskreis* (z. B. in der Stadtgemeinde Knittelfeld; 2005 gegründet, freiwillig und ehrenamtlich arbeitend; bestehend aus zwölf Personen, die Vertreter/innen der Stadtverwaltung wie bspw. des Bürgerbüros, des Gemeinde- und Stadtrates und Menschen mit Migrationshintergrund sind).
- *Integrationscafé* [z. B. in der Marktgemeinde Wartberg an der Krems; jeden Monat treffen sich interessierte Personen aus der Gemeindebevölkerung und der Integrationsausschuss der Gemeinde Wartberg zum Thema „positives Zusammenleben“ in der Gemeinde. Das Integrationscafé bietet den Raum zur Diskussion über das Thema und ermöglicht es in einer ungezwungenen Atmosphäre, dass neue Projektideen entstehen können. Diese werden dann von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Integrationscafés umgesetzt. Das Integrationscafé wird von der Gemeinde Wartberg und dem Caritas-Integrationsbüro Kirchdorf an der Krems als Kooperationspartner koordiniert (Dzafic 2012)].
- *Integrationszentrum* [der Gemeinde oder in Kooperation mit Umlandgemeinden wie bei dem Integrationszentrum Wörgl; das Integrationszentrum Wörgl ist für die Kleinregion „Wörgl und Umgebung“ mit acht Gemeinden zuständig und wird durch diese Gemein-

den sowie durch das Land Tirol finanziert. Dadurch besteht eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Integrationsakteure (Warbanoff 2012)].

- *Interkommunale Integrationsarbeit* [z. B. der Kleinregion Schwarzatal; im Rahmen eines Projektes erarbeiten die Stadtgemeinde Neunkirchen, Stadtgemeinde Ternitz, Marktgemeinde Wimpassing und die Kleinregion Schwarzatal unter Begleitung von externen Prozessbegleiterinnen und -begleitern mit Migrationshintergrund, die lokal verankert sind, ein gemeinsames, regionales Integrationsverständnis und wollen dabei kommunale Schwerpunkte setzen. Zunächst knüpfen die Prozessbeteiligten mit den Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenvereine Kontakt (die Vereine haben die Möglichkeit, sich vorzustellen) und führen Gespräche mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden. In diesen Gemeindeggesprächen werden die größten Probleme im Zusammenleben herausgearbeitet. Dazu werden auch jene Örtlichkeiten besucht, wo es am häufigsten zu Schwierigkeiten kommen kann (Wohnbaugenossenschaft, Kindergarten und Volksschule). Durch das Projekt sollen die Beteiligten aufeinander abgestimmte Aktivitäten gemeinsam entwickeln. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Die Kosten von ca. 40.000 Euro werden zu rund 50 % aus Fördermitteln des Landes Niederösterreich und zu ca. 50 % aus Mitteln der Kleinregion und ihrer Mitgliedsgemeinden finanziert (Steiner 2012)].
- *Mehrsäulen-Modell* (z. B. in der Stadtgemeinde Wörgl, die einen Integrationsbeauftragten, einen politischen Ausschuss und das Integrationszentrum hat).

5.2 Handlungsfelder der Integration

Zusammenleben, Wohnen und Nachbarschaft

„Die Menschen, nicht die Häuser machen die Stadt.“

Perikles, Griechischer Staatsmann der Antike,
5. Jahrhundert v. Chr.



Abbildung 3: Wohnumfeld gemeinsam nutzen (© Margot Petrowski, Shutterstock.com)

5.2.1 Zusammenleben, Wohnen und Nachbarschaft

Aufnahme- und Integrationskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Das Handlungsfeld umfasst mehrere Komponenten, beginnend vom Ankommen in der Gemeinde bis zum Zusammenleben in einer inhomogenen und sich verändernden Gesellschaft. Ort des Zuzugs, des Zusammentreffens und des Miteinander-Lebens sind die Gemeinden. Besondere Bedeutung gewinnt dieses Handlungsfeld für Migrantinnen und Migranten, nachdem für den Aufenthalt bzw. die Niederlassung in Österreich eine „ortsübliche Unterkunft“ im Vergleich mit ähnlich großen Familien nachzuweisen ist [§ 11 Abs. 2 Z. 2 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG)]. In Hinblick auf den Lebensbereich „Wohnen“ ist festzustellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt schlechter versorgt sind als Angehörige der Mehrheitsbevölkerung: Es steht ihnen weniger Wohnfläche zur Verfügung (kleinere Wohnungen werden von größeren Haushalten bewohnt), die Ausstattung der Wohnungen ist eher schlechter und Wohnungseigentum wird von Menschen mit Migrationshintergrund nur relativ selten erworben. Hinzukommt, dass aufgrund des meist geringeren Haushaltseinkommens die Belastung durch die Wohnkosten besonders stark ausfällt (Lugger/Güngör 2011, S. 26). Die Konzentration bzw. vermehrte Ansiedelung von Zuwanderinnen und Zuwanderern in einzelnen Straßen, Wohnsiedlungen oder Stadtteilen resultiert meist aus einer Kombination von verfügbarem und leistbarem Wohnraum und der Zugänglichkeit zu Wohnungen (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2010, o. S.). Leben in einzelnen Wohnsiedlungen mehrere Familien mit Migrationshintergrund, kann das Wohnviertel dann schnell den Ruf des „Ausländerviertels“ bekommen und für Neuzuziehende, die die Wahl haben, unattraktiv werden. Für Menschen mit Migrationshintergrund kann der Zugang zu Wohnraum eingeschränkt sein. Sie sind häufig mit Diskriminierungen (z. B. rechtlicher Art, durch ausschließende Zugangsbedingungen für Drittstaatsangehörige bei der Vergabe von Gemeindewohnungen oder fremdenfeindliches Verhalten) konfrontiert.

Schwierig und konfliktbehaftet kann das Zusammenleben werden, wenn Zugewanderte und sozial benachteiligte Personen aus der Mehrheitsbevölkerung (Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen oder Mehrfachbelastungen) als Nachbarinnen und Nachbarn zusammentreffen. Nachbarschaftskonflikte können die Folge sein, die rasch als kulturelle bzw. ethnische Konflikte wahrgenommen werden oder bei denen religiöse Hintergründe vermutet werden. Hintergrund dieser Probleme sind aber meist Generationenkonflikte, Streitigkeiten um die Nutzung des öffentlichen Raums (z. B. Grünflächen, Spielplätze) oder unzureichend sanierter Wohnraum (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2010, o. S.). Außerdem fördern zu enger Wohnraum oder nicht klar kommunizierte und für alle Bewohner/innen in verständlicher Weise zugänglich gemachte Hausordnungen Nachbarschaftskonflikte. Um Lösungen entwickeln zu können, ist eine genaue Kenntnis bspw. über die Wohnbedürfnisse der Menschen notwendig.

Kleinere, ländlichere Gemeinden, insbesondere in peripheren und/oder strukturschwachen Regionen, sind von den Folgen des demographischen Wandels besonders betroffen. Sie müssen sich auch mit den Fragen nach Zuzug und langfristiger Ansiedelung – auch von Ausländerinnen und Ausländern – zum Erhalt der Infrastruktur oder des lokalen Arbeitskräftepotentials auseinandersetzen. In kleineren und mittelgroßen Gemeinden gewinnen die Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten im Alltag, wie z. B. in der Nachbarschaft, an besonderer Bedeutung.

Hinweis

Bei der Vergabe von öffentlichen Wohnräumen ist es laut EU-Richtlinie 2004/38/EG verboten, EU-Bürger/innen und Drittstaatsangehörige, die bereits seit fünf Jahren in Österreich leben, bei der Wohnungsvergabe zu benachteiligen.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Gestaltung des Ankommens in der Gemeinde (Erstinformation, „Willkommen heißen“)
- Wohnraumpolitik (Angebot und Zugang zu Wohnraum, Vergabekriterien auf gleichberechtigten Zugang überprüfen)
- Begegnungsmöglichkeiten fördern (Unterstützung von Nachbarschaftsfesten, interkulturellen Festen)
- Austausch und Kontakt zu Wohnungsgenossenschaften und Bauvereinigungen pflegen
- Maßnahmen zur Vermeidung und Lösung von Konflikten im Wohnumfeld (Ansprechpartner/innen in Wohnsiedlungen, in Wohnbauten, am Gemeindeamt einsetzen)
- Aktivierung der Bewohner/innen (Nachbarschaftshilfe, Mitarbeit an der Gestaltung des Wohnumfelds)
- Ausreichend Spiel- und Freizeitplätze schaffen (Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse von Familien, Seniorinnen und Senioren, Kindern und Jugendlichen)

Besondere Zielgruppen

- Neu-Zugezogene
- Bewohner/innen von Wohnsiedlungen bzw. -bauten mit bestehenden Konflikten oder materiell und sozial benachteiligte Bewohner/innen
- Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Wohnen bedeutet für die Stadtgemeinde Knittelfeld ‚Gemeinsam zu leben‘. Das Ziel unserer Gemeinde ist es, den sozialen Frieden zu sichern durch respektvollen und anerkennenden Umgang miteinander. Kulturelle Unterschiede, mangelnde Sprachkenntnisse, unterschiedliche Generationen oder ein unterschiedlicher sozialer Status können Probleme auslösen. Durch bessere Kommunikation und durch Gespräche können diese diskutiert werden, und ein Kennenlernen wird ermöglicht. Durch Aufklärungsarbeit können Probleme gelöst werden. Ausgearbeitete Piktogramme unterstützen bspw. bei der Kommunikation. Willkommensmappen für Zuwanderinnen und Zuwanderer, Informationsveranstaltungen und

jährliche Kulturtage sind Beispiele für den Versuch, gegenseitiges Verständnis zu wecken und das Zusammenleben in Knittelfeld zu verbessern.

Die Integrationsarbeit sehen wir als lebenden politischen Bestandteil unserer Arbeit für die gesamte Bevölkerung der Stadt. Versetzen wir uns in die Situation jener Menschen, die in unserem Land neu ankommen. Sie sprechen kaum oder gar nicht Deutsch, wissen wenig über die ersten durchzuführenden Behördenwege, haben vielleicht noch keine Wohnung und keine Arbeit. Unsere Aufgabe ist es, dass wir sie unterstützen. Die Stadtgemeinde Knittelfeld ist ihnen bei der Bewältigung der anfänglichen Hürden behilflich. Förderungen und Unterstützungen sind keine Almosen, sondern Hilfestellungen, auf die Zuwanderinnen und Zuwanderer in der neuen, fremden Umgebung vertrauen dürfen. Das übergeordnete Ziel ist aber die Förderung eines positiven Zusammenlebens aller Menschen in Knittelfeld. Danach werden die Tätigkeiten des Integrationsausschusses und die Projekte ausgerichtet. Integration betrifft alle Bürger/innen und viele Bereiche in einer Stadt.“

(Siegfried Schafarik, Bürgermeister der Stadtgemeinde Knittelfeld, Anica Lassnig, Gemeinderätin und Integrationsbeauftragte, Stadtgemeinde Knittelfeld, und Franz Probst, Stadtrat und ehemaliger Integrationsbeauftragter, Stadtgemeinde Knittelfeld)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.


Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Tabelle 3: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Zusammenleben, Wohnen und Nachbarschaft“

Good-Practice-Beispiele



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Marktgemeinde Neudau, Stmk.

Bevölkerung: 1.212 Einw., 266 Personen ausländischer Herkunft (21,9 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: rumänische Staatsangehörige (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten); in der Gemeinde leben 21 verschiedene Nationalitäten, die elf anerkannten Religionen zugehören. Beinahe die gesamte Neudauer Bevölkerung ist irgendwann zugewandert

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Zuwanderung und Integration haben lange „Tradition“

Projekt: *Neudauer Wohnkonzept*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Marktgemeinde Neudau*

Kooperationspartner: in Kooperation mit örtlichen/regionalen Wohnungsgenossenschaften

Inhalt des Projekts:

Die zugezogenen Bewohner/innen erhalten von der Gemeinde bzw. der Wohnungsgenossenschaft zusätzlich zum Mietvertrag ein Informationsblatt (in Deutsch) mit zusätzlichen ausführlichen Erklärungen sowie Symbolen und Zeichnungen zum leichteren Verständnis sowie zu den verschiedenen Terminen (z. B. Müllabfuhr). Die Rechte und Pflichten der Mieter/innen werden am Gemeindeamt ausführlich erklärt und schriftlich ausgehändigt. Die Gemeinde nimmt sich dafür bewusst genügend Zeit. So soll erreicht werden, dass sich die Neu-Neudauer/innen gleich heimisch und gut aufgehoben fühlen. Auch wenn keine Gemeindewohnung bezogen wird, händigt die Gemeinde ein Informationsblatt zu den wichtigsten Informationen wie Gemeindeeinrichtungen oder den Terminen aus. Ebenfalls bei der Vergabe von Bauplätzen für die Errichtung von Einfamilienhäusern wird auf eine „Durchmischung“ geachtet. Dadurch entstehen wechselseitige gute Kontakte, die in Nachbarschaftshilfe und kleineren Straßenfesten münden (Dolesch 2012). Im Rahmen der im Jahr 2010 durchgeführten „Integrationsanalyse Neudau“ wurde das Zusammenleben der unterschiedlichen Nationen von vielen Befragten als Besonderheit erwähnt, die stolz macht (Braunegger 2010, S. 12). Ebenso wird die durch die Gemeinde praktizierte Wohnungsvergabepolitik, bei der „Alteingesessene“ und „Neu-Zugezogene“ durchmischt wohnen, als positiv erlebt. Zuwanderinnen und Zuwanderer werden dadurch schneller aufgenommen und nehmen an diversen Nachbarschaftsaktivitäten teil. Der Aspekt des Fremdseins verliert dadurch an Bedeutung (Braunegger 2010, S. 9).

Aufgrund der Zuwanderungsgeschichte (Entvölkerung und Neuzuwanderung vor dem 19. Jahrhundert, Arbeitskräftebedarf der Firma Borckenstein, krisen- und kriegsbe-

<p>dingte Zuwanderung aus Ungarn, Polen, dem ehemaligen Jugoslawien) hat Integration eine jahrzehntelange „Tradition“ in der Gemeinde, die damit im „permanenten Training“ ist. In der Gemeinde hat sich langsam ein Prozess entwickelt, der dazu geführt hat, dass Integration als etwas Normales und Natürliches von der Mehrheit der Neudauer Bevölkerung erlebt wird. Die Gemeinde verfügt bei etwa 580 Haushalten über 100 Gemeindewohnungen sowie über das Vorschlagsrecht für rund 40 Genossenschaftswohnungen. Bei der Vergabe der Wohnungen wird neben anderen Aspekten wie soziale Lage oder Dringlichkeit der Vermittlung darauf geachtet, dass keine „Ghetto-Bildungen“ im Gemeindewohnbau entstehen. Daher wohnen bei den einzelnen Wohnblöcken (11–16 Wohnungen pro Wohngebäude) maximal drei bis vier Zuwandererfamilien in einem Haus, wobei maximal zwei Familien aus dem gleichen Herkunftsland stammen sollen. Ursprünglich wohnten in den rund 130 Firmenwohnungen des Unternehmens Borckenstein überwiegend Menschen der gleichen Zuwanderernation dicht nebeneinander, was zu Spannungen führte. Das Wohnungsvergabesystem der Gemeinde wird inzwischen auch von der Firma Borckenstein übernommen (Dolesch 2012).</p>
Kosten: keine
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend
Ansprechperson: Bgm. Dr. Wolfgang Dolesch, Marktgemeinde Neudau

Tabelle 4: Good-Practice-Beispiel „Neudauer Wohnkonzept“

Gemeinde-Steckbrief



Gemeinde: Marktgemeinde Frankenburg a. H., OÖ.

Bevölkerung: 4.799 Einw., 276 Personen ausländischer Herkunft (5,8 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Beginn Mitte der 1990er Jahre, derzeit keine speziellen Integrationsmaßnahmen

Projekt: <i>Wohnen ohne Staatsbürgerschaftsunterschied</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Gemeinnützigen Wohnbauträgern
Inhalt des Projekts: In der Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck leben ca. 20 verschiedene Nationalitäten. Die Wohnungspolitik wurde in der Gemeinde seit jeher sehr unbürokratisch

gestaltet. Wohnungen, für deren Vergabe die Marktgemeinde zuständig ist (Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen), werden nach dem Anmeldedatum und nach sozialen Kriterien (wie z. B. Dringlichkeit) vergeben. Alle Gemeindeglieder/innen haben damit gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Wohnungsmarkt (Sieberer 2012; Brettbacher 2012; Huber 2012). Die Vergabekriterien bzw. die Richtlinie für die Wohnungsvergabe können von der Gemeinde selbst mittels Gemeinderatsbeschluss bestimmt und geändert werden.

Kosten: keine

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend

Ansprechpersonen: Bgm. Franz Sieberer, Gemeinderat Norbert Brettbacher, Amtsleiter Gerhard Huber MBA, MPA, Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck

Tabelle 5: Good-Practice-Beispiel „Wohnen ohne Staatsbürgerschaftsunterschied“

Projekt: *Haus.Gemein.Schaf(f)t*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Integrationszentrum (IGZ) Wörgl*

Kooperationspartner: in Kooperation mit Stadtgemeinde Wörgl, Land Tirol, Gemeinnützige Wohnbauträger

Inhalt des Projekts:

Aufgrund mangelnder Kommunikation zwischen Hausbewohnerinnen und -bewohnern untereinander und zwischen Hausverwaltung und Bewohner/innen können Konflikte entstehen. Im Rahmen eines EU-Projektes (Europäischer Integrationsfonds), das vom IGZ Wörgl beantragt wurde und koordiniert wird, sollen innerhalb eines Jahres Strukturen und Angebote für ehrenamtliche und gemeinwesenorientierte Integrationsarbeit aufgebaut werden. Bei dem Projekt „Haus.Gemein.Schaf(f)t“ handelt es sich um ein Teilnahmeprojekt, bei dem die Hausverwaltungen und Bewohner/innen aktiv in die Erarbeitung von Maßnahmen zur Lösung bestehender Konflikte in Wohnanlagen und zur Gestaltung des eigenen Wohn- und Lebensraums eingebunden sind. Das Projekt möchte v. a. Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Zunächst wurde eine Steuerungsgruppe, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Wohnbauträger, der beteiligten Gemeinden und der Gemeindepolitik besteht, gebildet.

In einem zweiten Schritt wurde mit einer Wohnumfeld- und Sozialraum-Analyse sowie Mieter/innenbefragung der Ist-Stand über die Zufriedenheit und die wahrgenommenen Probleme der Bewohner/innen in ausgewählten Wohnanlagen erhoben. Dabei hat sich gezeigt, dass Integrationsprobleme und Lärm nicht die vorrangigen Themen bei Nachbarschaftskonflikten sind, sondern alltägliche Probleme wie Müll, Parken, Spielplätze, Hausordnungen genannt wurden. Begleitend fanden Experteninterviews statt.

Die gewonnenen Ergebnisse der Befragung wurden dann im Rahmen einer öffentlichen Presseveranstaltung präsentiert und in Hausversammlungen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern diskutiert. Zur Erarbeitung von ersten Lösungsansätzen wurden in den Wohnanlagen Aktionsgruppen gebildet. Diese sollen auch Raum zur Äußerung und Bündelung der Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner/innen – auch der der Kinder und Jugendlichen – bieten. Ziel ist es, dass die Beteiligten unter fachlicher Begleitung (Erfahrungen aus anderen Projekten haben gezeigt, dass es unterstützende Strukturen für Nachbarschaftshilfe z. B. in Form von Hausvertrauenspersonen oder Jugendbetreuung braucht; diese Erkenntnisse werden im gegenständlichen Projekt einbezogen) selbst Ideen und Verbesserungsmaßnahmen für ihr Wohnumfeld entwickeln. Café-Nachmittage und Info-Points sollen zusätzlich Begegnungsräume bieten. Zur Umsetzung der gesammelten Verbesserungsvorschläge wurde ein Projektteam installiert, in dem auch die Bewohner/innen mit und ohne Migrationshintergrund vertreten sind. Endziel des Projektes ist es, dass Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Wohnanlagen ausgebildet werden, die Konfliktvermittlungskompetenz haben und den kontinuierlichen Prozess der Verbesserung des eigenen Wohnumfelds weiterführen und ihr Wissen auch in anderen Wohnanlagen einbringen können. Das Projekt wurde bei der Summer School 2012 der Donau-Universität Krems als ein Best-Practice-Projekt vorgestellt (Integrationszentrum Wörgl 2012a, S. 2f; Integrationszentrum Wörgl 2012b; Integrationszentrum Wörgl 2012c; Kovacevic 2012).

Kosten: 80.000 Euro (gesamt); Europäischer Integrationsfonds, B.M.I, Land Tirol, vier Wohnbauträger (Neue Heimat Tirol, WohnungsEigentum, Frieden, Alpenländische Heimstätte), Stadtgemeinde Wörgl (5.000 Euro)

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: ein Jahr, Jänner–Dezember 2012

Ansprechperson: Kayahan Kaya, Geschäftsführer Integrationszentrum Wörgl, Stadtgemeinde Wörgl

Tabelle 6: Good-Practice-Beispiel „Haus.Gemein.Schaff(f)t“



Abbildung 4: Gemeinsam das eigene Wohnumfeld gestalten mit dem Projekt „Haus.Gemein.Schaff(f)t“ (© IGZ Wörgl)



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Knittelfeld, Stmk.

Bevölkerung: 11.552 Einw., 1.926 Personen ausländischer Herkunft (16,7 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Bereits seit dem Jahr 2005 aktiv; Thema „Integration“ in Politik und Verwaltung verankert (u. a. Integrationsgemeinderätin, Integrationsarbeitskreis, Bürgerservice-Stelle auch Ansprechpartner für Integrationsthemen)

Projekt: <i>Miteinander Wohnen – So geht's konfliktfrei</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Knittelfeld, Arbeitskreis für Integration</i>
Kooperationspartner: –
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Ausgelöst von Beschwerden der Bürger/innen über Mülltrennungsprobleme in Wohnhäusern, hat sich die Stadtgemeinde Knittelfeld dazu entschlossen, ein Projekt durchzuführen, das auf eine einfache und für alle Bewohner/innen verständliche Weise über die Hausordnung von Wohnanlagen informieren soll. Mit Hilfe von Informationstafeln und Bildern (Piktogrammen), die das Geschriebene erklären und untermauern, wird in Gemeindewohnbauten und Genossenschafts-Wohnanlagen über die Regeln des Zusammenlebens wie Nachtruhezeiten, Müllentsorgung und -trennung oder Rauchverbot im Stiegenhaus informiert. Zusätzlich werden Informationsflyer an die Bewohner/innen verteilt. Die Lizenz für die Verwendung der Piktogramme wurde von der Stadt Salzburg gekauft, die es wiederum aus der Schweiz übernommen hat. Derzeit soll das Wohnprojekt im Rahmen der Initiative des Landes Steiermark „Zusammen leben in Vielfalt“ weiter ausgebaut werden (Lassnig 2012; Kleine Zeitung 2011).</p>
Kosten: Grafik für Flyer und Produktion der Piktogramme 1.560 Euro (netto), Ankauf der Piktogramme 280 Euro, Druck der Flyer 419 Euro
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2011
Ansprechpersonen: Christian Stummer, Referatsleiter Bürgerservice, und Gemeinderätin Anica Lassnig, Integrationsbeauftragte, Stadtgemeinde Knittelfeld

Tabelle 7: Good-Practice-Beispiel „Miteinander Wohnen – So geht's konfliktfrei“



**Stadtgemeinde
Knittelfeld**

**Arbeitskreis
Integration**

Miteinander Wohnen
So geht's konfliktfrei

Zajedno stanovati
Ovako funkcionise bez konflikta

Locuim Impreuna
Sa evitam conflictele

**Të banojme me njëri
tjetrin pa Konflikte**

 <p>Nachruhezeiten zwischen 22 und 6 Uhr: Bitte nicht zu laut. Vrijeme noćnog mira je od 22 do 6 sati: Molimo Vas da ne budete previše glasni. Pastrati linistea nopții între orele 22 și 6: Va rugam nu faceti galagie. Ju lutem mbanj qetësi nga ora 22 - 6.</p>	 <p>Keine Möbel, Spielgeräte usw. im Stiegenhaus. Nemojte ostavljati namještaj, igračke itd. na stubištu/stepeništu. In casa scarii nu se pastreaza mobilier, jucarii si altele. Mos vendosni Mobilje, Lodra et. në shkallët e Pallatit.</p>	 <p>Teppichklopfen und ausschütteln am Balkon ist verboten. Zabranjeno je udarati i otresati tepihe na balconu. Este interzisă scuturarea covoarelor de pe balcon. Ndalohet shkundja e Tapetave në Ballkon.</p>
 <p>Kein Müll neben Container. Ne ostavljajte otpad pored kontejnera. Niciun gunoi langa container. Asnjë mbeturinë pranë Kontenave.</p>	 <p>Im Stiegenhaus nicht spielen. Zabranjeno je igranje na stubištu/stepeništu. Nu va jucati pe casa scarii. Mos luani në shkallët e Pallatit.</p>	 <p>Radabstellplätze benutzen. Koristite biciklistički prostor za bicikl. Folositi doar rastelele de biciclete. Shfrytëzoni vendin e vendosjes së Bicikletave.</p>
 <p>Bitte im Stiegenhaus nicht rauchen und keinen Müll entsorgen. Molimo na stepeništu ne pušite i ne bacajte smeće. Va rugam in casa scarii nu fumati si nu aruncati gunoale. Ndalohet pirja e Duhanit dhe hedhja e Mbeturinave në shkallë.</p>	 <p>Abfall trennen: Bioabfall, Glas, Papier, Plastikflaschen. Odvajite otpad/smeće: organski otpad, staklo, papir, plastične boce. Separati gunoalele: gunoi degradabil, sticla, hartie si sticle de plastic. Sortoni Mbeturinat: Biologjike, Qelqin, Letrën, Plastikën.</p>	 <p>Hundekot bitte wegräumen. Molimo Vas da odstranite pseći izmet. Va rugam inlaturati excrementele de câine. Ju lutem pastroni jashtëqitjen e Qenit.</p>

Abbildung 5: Informationstafeln mit Piktogrammen erleichtern das Zusammenleben
(© Stadtgemeinde Knittelfeld)

Projekt: <i>Grüß Gott</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Integrationszentrum Wörgl</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Stadtgemeinde Wörgl und umliegenden Gemeinden; örtliche, im Integrationsbereich tätige Vereine
Inhalt des Projekts: Das Integrationszentrum Wörgl veranstaltet in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen im Integrationsbereich tätigen Vereinen Einführungskurse für Zuwanderinnen und Zuwanderer. In Kleingruppen werden die Teilnehmer/innen über das Leben in Österreich bzw. in Tirol informiert. Sie erhalten bspw. Informationen zum Bildungssystem, zum Vereinsleben, zu Hausordnungen in Wohnanlagen, zu Sitten und Gebräuche in Tirol oder zu Behörden und Sehenswürdigkeiten. Durch die Maßnahme sollen Zuwanderinnen und Zuwanderer Orientierung erhalten über die Regeln des Zusammenlebens in Österreich bzw. Tirol sowie über lokale und regionale kulturelle Spezifika. Außerdem soll dadurch der Meinungsaustausch über integrationspolitisch relevante Themenfelder gefördert werden (Integrationszentrum Wörgl 2012a, S. 14).
Kosten: ca. 750 Euro
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2012
Ansprechpersonen: DI Peter Warbanoff, Integrationsbeauftragter der Stadtgemeinde Wörgl, und Kayahan Kaya, Geschäftsführer des Integrationszentrums Wörgl, Stadtgemeinde Wörgl

Tabelle 8: Good-Practice-Beispiel „Grüß Gott“

Projekt: <i>Willkommensmappe</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Knittelfeld</i>
Kooperationspartner: Arbeitskreis für Integration
Inhalt des Projekts: Seit dem Jahr 2006 gibt das Bürgerservice der Stadtgemeinde Knittelfeld Willkommensmappen bei der Wohnsitzanmeldung an neuzugezogene Migrantinnen und Migranten aus. Die Willkommensmappe ist neben Deutsch in den Sprachen Kroatisch, Rumänisch und Albanisch verfügbar, da dies die Sprachen der Hauptherkunftsnationen sind. Die Willkommensmappe enthält neben einem Begrüßungsschreiben des Bürgermeisters eine Übersicht zu den Wohnraumangeboten der Stadt sowie zu Suchmöglichkeiten und

<p>Ansprechstellen in der Stadtverwaltung, eine Übersicht über die wichtigsten Behörden wie Aufenthaltsbehörden und Standesamt, Gesundheitsdienste (Krankenhaus, Rettung, Hausärztinnen und Hausärzte, Altenbetreuungseinrichtungen), Freizeitmöglichkeiten (Schwimmbad, Kulturhaus, Freizeitanlagen, öffentliche Parks), Personennahverkehrseinrichtungen, Sozialhilfe, Informationen über Deutschkursanbieter, Informationen zum Integrationsarbeitskreis und die Notrufnummern. Die Übersetzung und Gestaltung der Mappen wird kostenlos von den Mitgliedern des Integrationsarbeitskreises übernommen. Die Mitglieder des Arbeitskreises, die selbst Migrationshintergrund haben, bringen dabei Wissen ein, welche Informationen für den Start hilfreich sind (Lassnig 2012).</p>
<p>Kosten: Kopierkosten (hausintern), Übersetzung ehrenamtlich (Arbeitskreis für Integration)</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2006</p>
<p>Ansprechpersonen: Christian Stummer, Referatsleiter Bürgerservice, und Gemeinderätin Anica Lassnig, Integrationsbeauftragte, Stadtgemeinde Knittelfeld</p>

Tabelle 9: Good-Practice-Beispiel „Willkommensmappe“

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.

Ankommen in der Gemeinde	Zusammenleben, Wohnen, Nachbarschaft
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.





Ankommen in der Gemeinde	Zusammenleben, Wohnen, Nachbarschaft
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Tabelle 10: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Zusammenleben, Wohnen und Nachbarschaft“

Sprache und Bildung

„Denn nur wer miteinander spricht, kann Gemeinsames, kann Zugang zu seinen Mitmenschen, welcher Nationalität und Herkunft auch immer, finden. Bekanntes und Vertrautes ist so auch im oft fremd Erscheinenden zu entdecken.“

Irene Gölles (2011), Bürgermeisterin der Stadtgemeinde Gloggnitz



Abbildung 6: Interkulturelles Lernen mit „ZusammenReden macht Schule“ (© Missing Link, Caritas Wien)

5.2.2 Sprache und Bildung

Integrations- und Pluralitätskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Sprache und Bildung sind zwei einander ergänzende Bereiche. Ein entsprechender Bildungserfolg ist in Österreich ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht möglich. Umgekehrt erfordert der Erwerb von Deutschkenntnissen an die Lernenden angepasste Bildungs- und Lernmöglichkeiten (Gruber 2010). Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben funktioniert ohne sich miteinander verständigen zu können nicht. Deutschkenntnisse sind bei Behördenwegen, Arztbesuchen oder Elternsprechtagen erforderlich. Die Bereiche Sprache und Bildung betreffen alle Zuwanderergenerationen – vom Kindergartenkind bis zu den Seniorinnen und Senioren.

Die in Österreich geborenen österreichischen Staatsbürger/innen sind hinsichtlich ihrer Ausbildung im mittleren und oberen berufsorientierten Qualifikationssegment vertreten. Die Bildungsstruktur der Zuwanderinnen und Zuwanderer in Österreich ist jedoch bipolar. Einerseits sind sie stark am unteren Ende der Bildungsschiene konzentriert, andererseits sind sie häufiger als die in Österreich geborenen Inländer/innen im obersten Qualifikationssegment (hinsichtlich des Anteils an Akademikerinnen und Akademikern) angesiedelt. Im Regelfall sehr gut bzw. sogar überdurchschnittlich qualifiziert sind EU- bzw. EWR-Bürger/innen sowie Personen aus mittel- und osteuropäischen Staaten. Türkische und ex-jugoslawische Staatsangehörige sind jedoch überdurchschnittlich oft in den untersten Bildungssegmenten vertreten (Biffl 2008, S. 27). Im Jahr 2010 verfügten rund 35 % der Zuwanderinnen und Zuwanderer über Matura oder Hochschulabschluss (bei Personen ohne Migrationshintergrund trifft das nur auf ca. 29 % zu). Gleichzeitig verfügen Zuwanderinnen und Zuwanderer doppelt so häufig nur über einen Pflichtschulabschluss als Personen ohne Migrationshintergrund. Besonders häufig hatten im Jahr 2010 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei (66 %) und dem ehemaligen Jugoslawien (ca. 37 %) einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss (Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres 2011, S. 46).

Die Herausforderungen in diesem Handlungsfeld betreffen u. a., wie die oben stehenden Zahlen bestätigen, insbesondere die im Durchschnitt geringe Schulausbildung, die häufig mangelnde Deutschkompetenz sowie die unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Gastarbeiter/innen-Generation. Da sich in Österreich generell der soziale Aufstieg schwierig gestaltet (der Bildungsstand der Eltern beeinflusst stark die Bildungschancen der Kinder), gelingt die Höherqualifizierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur langsam. Der Erwerb der deutschen Sprache und die Förderung der Deutschkompetenz (für alle Kinder), sind durch entsprechend ausgebildetes Lehrpersonal zu unterstützen. Sprachliche Barrieren werden häufig im unmittelbaren Zusammenleben sichtbar, die sich in Nachbarschaftskonflikten zeigen.

Auch der erschwerte Zugang von erwachsenen Migrantinnen und Migranten zu Weiterbildungsmaßnahmen stellt eine Herausforderung dar (Bundesministerium für Inneres o. J.,

S. 11). Eltern mit Migrationshintergrund haben meist hohe Bildungsaspirationen an ihre Kinder. Aufgrund von eigenen Sprach- und/oder Bildungsdefiziten ist es für sie aber oft schwierig, den Kindern bei Hausübungen oder beim Lernen zu helfen. Daher sind entsprechende Fördermöglichkeiten anzubieten. Der Kontakt mit den Eltern mit Migrationshintergrund sollte bereits ab dem Eintritt der Kinder in den Kindergarten gefördert werden. Dadurch können die Eltern über den Bildungs- und Erziehungsprozess frühzeitig informiert und dafür sensibilisiert werden. Dies kann den Eintritt in die Schule wesentlich unterstützen. Der persönliche Kontakt zwischen Kindergarten, Schule und Eltern ist sehr wichtig, insbesondere wenn bei den Eltern außerfamiliäre Kinderbetreuung nicht bekannt ist oder die Eltern selbst aus einem bildungsfernen Milieu stammen (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2010, o. S.). Erwachsenenbildungsmaßnahmen sollten sich an verschiedene Zielgruppen richten und die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen. Sie können von Basisbildungsangeboten (z. B. Nachholen des Hauptschulabschlusses), über die Förderung von Talenten (bspw. Kochen, Nähen oder Gärtnern) bis zur Förderung der politischen Bildung reichen.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Beschäftigung von umfangreich geschultem Kindergartenpersonal (wenn möglich auch mit Migrationshintergrund)
- Organisation von Sprachkursen/Sprachcafés zur Förderung des Deutscherwerbs und dem Ausbau der Sprachkenntnisse
- Angebote für Lernbetreuung schaffen
- Kooperation mit Bildungsanbietern (für ländliche Gemeinden ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Volkshochschule relevant) für interkulturelle Weiterbildungsangebote oder gemeinsame Veranstaltungen

Besondere Zielgruppen

- Kindergartenkinder (z. B. im Rahmen der frühkindlichen Sprachförderung)
- Schüler/innen (in unterschiedlichen Schulformen, von der Volksschule bis zu den höheren Schulen)
- Eltern
- Neu-Zuwanderinnen/-Zuwanderer
- Ältere Migrantinnen und Migranten
- Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation
- Aufnahmebevölkerung

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden


„Schon seit knapp zwanzig Jahren ist die Stadtgemeinde Neunkirchen bemüht, Integrationsarbeit zu leisten. Am Anfang stand die Forderung nach Integrationsklassen, um Kindern mit besonderen Bedürfnissen die Möglichkeit zu geben, in der Regelklasse unterrichtet zu werden. Mit der Gründung des NESIB (sozial-integratives Beschäftigungsprojekt in Neunkirchen) konnte die in der Schule begonnene Integrationsarbeit fortgesetzt werden. Das Ziel dieses Projektes liegt darin, sowohl Jugendliche mit sozial-emotionalen Störungen

und Lernschwächen als auch langzeitarbeitslose Frauen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Durch die ständig wachsende Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund war es notwendig, die Integrationsarbeit zu erweitern. So wurde vor zehn Jahren begonnen, interkulturelle Mitarbeiter/innen in den Kindergärten einzustellen. Die Problematik der sprachlichen Barrieren der vorwiegend türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten wurde dadurch abgebaut. Gute Lernerfolge sind nur durch Beherrschung der mündlichen sowie schriftlichen Kommunikation möglich. Je höher die Sprachkompetenz ist, umso besser wird die schulische und in weiterer Folge auch die berufliche Ausbildung sein können. Die Schwierigkeiten liegen oftmals in den mangelnden Sprachkenntnissen, sowohl was die deutsche Sprache betrifft, aber vor allem auch der Muttersprache. Die Stadtgemeinde hat es sich daher zur Aufgabe gesetzt, Projekte zu fördern, die notwendig sind, um entsprechende Informationen darüber an die Eltern heranzutragen und sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Der Mehrwert der Gestaltung dieses Handlungsfeldes liegt einerseits in der aktiven Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund am Gemeindeleben und andererseits in der Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Wenn sich alle Bürger/innen wohlfühlen und sich in die Gesellschaft einbringen können, hat das für die Gemeinde eine sehr hohe Wertigkeit, von der alle Beteiligten profitieren. Ziel der Gemeinde ist es auch weiterhin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Zusammenrücken der Menschen unterschiedlicher Nationalitäten fördern. Durch Achtung, Respekt und Verständnis, die jede/r Einzelne seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern entgegenbringt, wird es möglich sein, die kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu sehen.“

(Ilse Steiner, Lehrerin und Integrationsstadträtin in der Stadtgemeinde Neunkirchen)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.

Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.


Mehrwert	1.	2.	3. 

Tabelle 11: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Sprache und Bildung“

Good-Practice-Beispiele

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Schärding, OÖ.

Bevölkerung: 4.884 Einw., 1.006 Personen ausländischer Herkunft (20,6 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Deutsche (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2006

Projekt: <i>Zweisprachige Lesenachmittage</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Caritas-Integrationsbüro Schärding</i>
Kooperationspartner: <i>Stadtbücherei Schärding</i>
Inhalt des Projekts: In Zusammenarbeit mit der Bücherei der Stadtgemeinde Schärding lesen eine pensionierte Volksschullehrerin und eine türkische Frau Kinderbücher auf Deutsch und Türkisch für Kinder ab dem Kindergartenalter vor. Diese Lesenachmittage finden an ca. drei Terminen im Halbjahr entweder in der Stadtbücherei Schärding, im Türkisch-Islamischen Kulturverein oder im Caritas-Integrationsbüro statt. An diesen Lesenachmittagen werden auch Führungen mit der Leiterin der Stadtbücherei für die Eltern angeboten. An den Lesenachmittagen nehmen rund 10–15 Kinder teil. Beworben werden diese Veranstaltungen in den Kindergärten, bei den Frauencafés und in den Volksschulen (Bangerl 2012).
Kosten: <i>Gemeinde stellt Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung; Mitarbeit durch Ehrenamtliche</i>
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: <i>seit 2006</i>
Ansprechperson: <i>Michaela Bangerl, Caritas-Integrationsbüro Schärding</i>

Tabelle 12: Good-Practice-Beispiel „Zweisprachige Lesenachmittage“



Abbildung 7: „Sprachfreude“ bei Erzählstunden und Lesenachmittagen im Rahmen von „Nenzing spricht mehr“ (© Marktgemeinde Nenzing)



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Marktgemeinde Nenzing, Vlbg.

Bevölkerung: 5.986 Einw., 882 Personen ausländischer Herkunft (14,7 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Deutsche (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Seit dem Jahr 2004/2005

Projekt: *Sprachfreude – Nenzing spricht mehr*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Marktgemeinde Nenzing*

Kooperationspartner: in Kooperation mit okay.zusammen leben, Amt der Vorarlberger Landesregierung („Kinder in der Mitte“), Hauptschule Götzis (Elternbildungsseminare), VHS Bludenz (niederschwellige Deutschkurse), Arbeiterkammer Feldkirch (Veranstaltungen), Katholisches Bildungswerk (Purzelbaumleiter/innenkurse, Purzelbaumgruppen, Eltern-Chat-Moderator/innenausbildung, Eltern-Chats), Mimosa – Frauenverein für Bildung und Kultur (Interkulturelles Frauenfrühstück)

Inhalt des Projekts:

Die Marktgemeinde Nenzing hat mit dem Projekt „Sprachfreude“ ein umfangreiches Sprachfördermodell entwickelt, das österreichweit einzigartig ist und als Vorzeigemodell gilt. Durch das Projekt soll die Sprachkompetenz auf eine breite Ebene gestellt werden und innerhalb der Gemeinde institutionenübergreifend gefördert werden. Die Sprachförderung im Kindergarten ist dabei auch ein besonderes Thema. Ziel des Projekts ist es, Chancengleichheit zu ermöglichen – hinsichtlich des Erlernens der lebensweltlichen Sprache, Deutsch als Bildungssprache und die spielerische Begegnung mit Englisch zu ermöglichen. Allen Kindern sollte ein guter Eintritt in die Schule ermöglicht werden, sie sollen dem Unterricht gut folgen können und die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche Erwerbsbiographie haben (Kasseroler o. J., S. 4; Sammer 2012). Ein Schwerpunkt des Programms liegt in der qualitativ hochwertigen Förderung der deutschen Sprache für alle Kinder. Unabhängig von ihrer „lebensweltlichen Sprache“ soll spätestens ab Kindergartenbeginn eine zusätzliche Förderung in Deutsch ermöglicht werden. In das Programm wurden verschiedene Erfahrungen und Instrumente von Sprachförderprojekten anderer Länder übernommen. Teil des Programms sind u. a. Qualifizierungen der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, der Einbezug einer externen Sprachförderkraft zur Unterstützung des Deutschlernens, die Vermittlung von Englischkenntnissen durch den Einbezug von Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern oder Personen, die aufgrund eines längeren Auslandsaufenthalts ausgezeichnete Englischkenntnisse haben, verstärkte Kooperation mit den Eltern (Abschluss eines „Sprachförderkontrakts“, der die Verbindlichkeiten der Gemeinde und des Kindergartens für die Sprachförderung klar macht und darlegt, welche Unterstützung der Eltern dafür notwendig ist; Elternbriefe – wenn nötig in der Erstsprache der Eltern; Installation von „Mütter-

kreisen“ und „Väterkreisen“, wo die Frauen/Männer derart gestärkt werden (Empowerment), sodass sie den Spracherwerb der Kinder positiv beeinflussen können, wo sie sich mit Erziehungsthemen auseinandersetzen und sie die Möglichkeit haben, Fragen und Anliegen aus dem familiären Umfeld einzubringen), umfassende Reflexions- und Austauschphasen sowie Evaluierungsmaßnahmen (mit einem Sprachentwicklungsbeobachtungsinstrument für Kinder mit anderer Erstsprache als Deutsch), um zu überprüfen, ob die Maßnahmen wirken. In Nenzing leben Menschen aus über 40 Nationen mit ebenso vielen unterschiedlichen Sprachen. Durch die Förderung u. a. des Englischerwerbs soll Kindern, die bislang nur deutsch sprechen, schon möglichst früh ein Sprachbewusstsein vermittelt werden. Das Projekt wird daher nicht als ein Reparaturinstrument für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache empfunden, sondern wertet die Bedeutung von Vielsprachigkeit auf. Durch das Projekt wurden viele Anknüpfungspunkte geschaffen, sei es durch die Förderung aller Sprachen, das Wahrnehmen und Wertschätzen der lebensweltlichen Sprachen der zugezogenen Nenzinger/innen (z. B. „Nenzing grüßt mehr“ – Aktionen zum Grüßen, auch mehrsprachig) oder durch interkulturelle Angebote wie „Interkulturelle Kochkurse“ (Marktgemeinde Nenzing o. J., S. 10ff; Sammer 2012).

Kosten: Gesamtkosten: 80.000–100.000 Euro pro Jahr; ca. 40.000–60.000 Euro (50 %, Marktgemeinde Nenzing), 50 % Land Vorarlberg („Kinder in die Mitte“) und Europäischer Integrationsfonds

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2008

Ansprechperson: Gerlinde Sammer, Koordinatorin für Kindergärten und Schulen und des Projekts „Sprachfreude“, Marktgemeinde Nenzing

Table 13: Good-Practice-Beispiel „Sprachfreude – Nenzing spricht mehr“

Projekt: *ABC-Café*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *BFI-Tirol*

Kooperationspartner: Gemeinden Imst, Reutte, Schwaz, Jenbach, Kufstein, Wörgl, Telfs sowie in Planung: Fulpmes

Inhalt des Projekts:

Das Projekt zielt darauf ab, Frauen mit Migrationshintergrund (der überwiegende Teil sind Mütter), die seltener erwerbstätig sind, Deutschbasiskenntnisse zu vermitteln bzw. z. T. auch Alphabetisierung durch ausgebildete Trainer/innen auf niederschwelligem Niveau und in ungezwungener Lernatmosphäre anzubieten. Bei den Kurszeiten wird auf die Betreuungspflichten der Mütter Bedacht genommen. In den meisten Gemeinden finden daher die Kurse wochentags am Vormittag, wo die Kinder sich in Kinder-

<p>garten oder Schule befinden statt. Bei der Vermittlung der Sprache wird auf geschlechtersensiblen Sprachgebrauch und die Vermeidung von Rollenklischees geachtet. Das ABC-Café soll den Frauen nicht nur das Zurechtfinden in der Gesellschaft erleichtern, sondern auch Perspektiven z. B. am Arbeitsmarkt aufzeigen oder informieren, wie sie ihre Kinder in der Schulausbildung unterstützen können. Einmal pro Woche wird profunder Deutschunterricht angeboten und einmal pro Woche finden Kommunikationseinheiten statt, wo die erlernten Deutschkenntnisse durch Kommunikation mit anderen Frauen, die sich ehrenamtlich im Projekt engagieren, angewandt werden sollen. In der Stadtgemeinde Schwaz engagiert sich auch die zuständige Stadträtin persönlich und besucht das ABC-Café, um sich mit den Frauen auszutauschen. Das Projekt lag bislang im Verantwortungsbereich des BFI-Tirol, soll jedoch ab Herbst 2012 in Wörgl und Schwaz in den Verantwortungsbereich der Stadtgemeinden übergehen (BFI-Tirol 2012, S. 3ff; Hatzl 2012). Ab 2013 ist ein „ABC-Club“ für Männer geplant, der unter dem ähnlichen Format wie das ABC-Café stattfinden soll (Stolz 2012).</p>
<p>Kosten: EIF-Finanzierung; Kosten für die Gemeinden (bis Ende 2012): Mietkosten für die zur Verfügung gestellten Räume; wenn das Projekt in den Gemeinden ohne EIF-Finanzierung durchgeführt wird, erhöhen sich die Kosten für die Gemeinden</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2007</p>
<p>Ansprechperson: Mag. Florian Stolz, BFI-Tirol, Innsbruck</p>

Tabelle 14: Good-Practice-Beispiel „ABC-Café“

<p>Projekt: <i>ZusammenReden macht Schule</i></p>
<p>Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich, Missing Link/Gemeinwesen</i></p>
<p>Kooperationspartner: in Kooperation mit den Hauptschulen und Neuen Mittelschulen der beteiligten Gemeinden (Stadtgemeinde Ebreichsdorf, Stadtgemeinde Gloggnitz, Marktgemeinde Guntramsdorf, Stadtgemeinde Korneuburg, Stadtgemeinde Neunkirchen, Stadtgemeinde Tulln, Stadtgemeinde Wiener Neustadt)</p>
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Aufbauend auf den Erfahrungen des Projekts „ZusammenReden“ wird das Projekt „ZusammenReden macht Schule“ in den dritten Klassen der Hauptschulen und Neuen Mittelschulen durchgeführt. Ziel dieser Workshopreihe ist es, das Wissen und die kritische Reflexion zu den Themen Integration, Diversität und Migration zu fördern und Lehrer/innen hinsichtlich eigener und äußerer Diskriminierungserfahrungen zu sensibilisieren. Vielfalt und Diversität sollen als Bereicherung und positive Herausforderung verstanden werden. Am Projekt sind insgesamt zehn Klassen beteiligt. In den Workshops werden gesellschaftliche und integrationsrelevante Themen wie Rassismus und Vor-</p>

urteile, Geschlechterverhältnisse, Menschenrechte, Mehrsprachigkeit, interkulturelle Konflikte oder Flucht und Migration bearbeitet. Nach Abschluss der Workshopreihe wird vom Projektteam eine Materialiensammlung erarbeitet, die den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung gestellt wird und es ihnen ermöglichen soll, die unterschiedlichen Themen selbst weiter mit den Klassen zu bearbeiten (Kreutzer 2012).

Kosten: Gesamtprojekt (für zehn Klassen): 68.000 Euro (EU-Solidfonds), 3.000 Euro (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur), 28.000 Euro (Bundesministerium für Inneres), 15.000 Euro (Land Niederösterreich), 12.000 Euro (alle beteiligten Gemeinden, pro Klasse 1.200 Euro), Rest Eigenmittel der Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2012

Ansprechperson: Mag.^a Mary Kreutzer, Leiterin Missing Link/Gemeinwesen, Asyl & Integration Niederösterreich, Caritas Wien

Tabelle 15: Good-Practice-Beispiel „ZusammenReden macht Schule“

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Schwaz, T.

Bevölkerung: 13.058 Einw., 2.445 Personen ausländischer Herkunft (18,7 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Türkinnen und Türken (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Erste Integrationsprojekte ab 1995, laufende Maßnahmen

Projekt: *Sprachnachhilfeprogramm*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Verein „Sprachinsel“*

Kooperationspartner: Stadtgemeinde Schwaz

Inhalt des Projekts:

Die Stadtgemeinde Schwaz setzt u. a. einen Schwerpunkt „Sprachförderung“ durch schulbegleitende Integrationsmaßnahmen. Neben dem Projekt HIPPIY (Hausbesuchsprogramm für Eltern von Kindern im Alter von drei bis sieben Jahren), dem Sprachförderungsprogramm in den städtischen Kindergärten und Horten (richtet sich insbesondere an Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache), Lernnachhilfe an den Neuen Mittelschulen (beide angeboten durch den Verein „menschen.leben“) oder dem Projekt „Jeder gehört dazu“ (betreut durch den Handballverein ULZ Schwaz), das die Integration

durch Bewegung (gemeinsame Sprache ist der Sport) von Schulkindern mit Migrationshintergrund oder körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung zusätzlich zum Sportunterricht fördert, wird an den Volksschulen der Stadtgemeinde zweimal pro Woche ein Sprachnachhilfeprogramm für Deutsch angeboten. Dieses Programm richtet sich nicht nur an Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache, sondern an alle Kinder mit besonderem Förderbedarf. Ob ein zusätzlicher Förderbedarf besteht, wird von den Lehrerinnen und Lehrern der Schulen rückgemeldet. Durch die zusätzliche Förderung der Stadtgemeinde kann dieses Sprachnachhilfeprogramm für die Eltern kostenlos angeboten werden (Hatzl 2012).

Kosten: Sprachnachhilfeprogramm: 3.600 Euro (Stadtgemeinde Schwaz), Rest: Land Tirol

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2006

Ansprechperson: Mag. Dr. Thomas Hatzl, Abteilung Soziales-Wohnen-Senioren-Bildung-Sport, Stadtgemeinde Schwaz

Tabelle 16: Good-Practice-Beispiel „Sprachnachhilfeprogramm“



*Abbildung 8: Vom Sprachnachhilfeprogramm in der Stadtgemeinde Schwaz profitieren alle Kinder, die es brauchen
(© Verein Sprachinsel 2010)*



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Korneuburg, NÖ.

Bevölkerung: 12.297 Einw., 2.198 Personen ausländischer Herkunft (17,9 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2011

Projekt: <i>Lerncafé</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Korneuburg</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Seit März 2012 wird in der Stadtgemeinde Korneuburg in Kooperation mit der Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich, das erste Lerncafé in Niederösterreich organisiert. Das Projekt richtet sich an schulpflichtige Kinder, die aus einem bildungsfernen sozialen Milieu stammen. Rund die Hälfte der ca. zehn regelmäßig teilnehmenden Schüler/innen haben Migrationshintergrund. Die Lernhilfe wird durch ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der Stadtgemeinde Korneuburg erbracht. Außer der Betreuung beim Lernen werden auch Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung wie Wettbewerbe, Spiele, Lesen von Büchern oder Spiele im Freien geboten. Beworben wird dieses in der Stadtzeitung sowie in den regionalen Medien (Fuchs-Moser 2012).</p>
Kosten: kostenloses Zur-Verfügung-Stellen der Räumlichkeiten seitens der Gemeinde, Bewerbung des Projekts im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2012
Ansprechpersonen: Mag. ^a Lisa Mayrhofer (Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich), VBgm. Helene Fuchs-Moser, Integrationsstadträtin und Direktorin der PTS Korneuburg, Stadtgemeinde Korneuburg

Table 17: Good-Practice-Beispiel „Lerncafé“



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Neunkirchen, NÖ.

Bevölkerung: 12.240 Einw., 2.685 Personen ausländischer Herkunft (21,9 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Türkinnen und Türken (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2001; „Integrationsarbeit“ für „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ seit 1993

<p><i>Projekt: Vom Kindergarten in die Schule. Projekt zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern und deren Eltern mit Migrationshintergrund</i></p>
<p>Durchführende Gemeinde/Organisation: NÖ Landesakademie</p>
<p>Kooperationspartner: in Kooperation u. a. mit Stadtgemeinde Neunkirchen, Landesschulrat NÖ, Land NÖ (Kindergartenabteilung)</p>
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Ziel des Projekts ist die enge Kooperation zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen der Kindergärten und der Schulen, um die Kinder möglichst gut auf den Schuleintritt vorzubereiten. Einerseits werden dazu Arbeitskreise gebildet und Teamgespräche geführt, andererseits finden Fachvorträge zu den Themen Verschiedenheit, Mehrsprachigkeit und Interreligiösität statt, die sich u. a. auch an die Eltern richten. Durch das Projekt wird insbesondere ein Austausch in Form von „Nahtstellengesprächen“ zwischen Eltern, Kindergartenpersonal und Schule bzw. Schulbehörde angestrebt, um Probleme im Kindergarten- und Schulalltag zu vermeiden. Die einzelnen Weiterbildungsangebote in den Gemeinden richten sich nach dem konkreten Bedarf der Kindergärten und Volksschulen vor Ort. Neben der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch sind auch gemeinsame Weiterbildungen der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sowie der Lehrer/innen geplant. Die Stadtgemeinde Neunkirchen nimmt aufgrund des hohen Anteils an Kindern nicht-deutscher Muttersprache als eine von zwei Gemeinden an diesem Pilotprojekt teil (Steiner 2012).</p>
<p>Kosten: keine Angabe</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2011–2014</p>
<p>Ansprechperson: Mag.^a (FH) Lisa Kolb-Mzalouet, Integrationservice, Niederösterreichische Landesakademie</p>

Tabelle 18: Good-Practice-Beispiel „Vom Kindergarten in die Schule. Projekt zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern und deren Eltern mit Migrationshintergrund“

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.



Sprache	Bildung
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Tabelle 19: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Sprache und Bildung“

Arbeit und Beruf

„Fortbildungen und Wissen schaffen Respekt für meine Arbeit.“

Ewald Heinz (2012b), Integrationsbeauftragter der
Marktgemeinde Telfs



Abbildung 9: Menschen mit Migrationshintergrund gestalten das Arbeitsleben mit
(© Lisa S., Shutterstock.com)

5.2.3 Arbeit und Beruf

Integrations- und Pluralitätskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Dieses Handlungsfeld betrifft die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung, im Kindergarten oder in (Leit-)Betrieben der Gemeinde.

Zuwanderinnen und Zuwanderer sind häufig mit Problemen der Anerkennung von aus dem Ausland mitgebrachten Qualifikationen (Nicht-Anerkennung oder nur Teilweise-Anerkennung), Überqualifikation und Dequalifizierung (nicht ausbildungsadäquater Einsatz am Arbeitsmarkt; Einsatz in Berufen unter dem Ausbildungsniveau) konfrontiert (Liebig 2008, S. 2). Experten konstatieren einen „ausgeprägten Trend, EinwanderInnen unabhängig von ihrer Bildung entweder in gering qualifizierten Tätigkeiten oder gar nicht zu beschäftigten“ (Gächter 2010, S. 152). Die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen und Bildungsabschlüssen ist wesentlich für die adäquate Beschäftigung von Zuwanderinnen und Zuwanderern am Arbeitsmarkt. Zur Erleichterung der Berufsankennung wurde vom Staatssekretariat für Integration, dem Österreichischen Integrationsfonds, dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und dem Bundesministerium für Inneres die Plattform „Berufsankennung.at“ eingerichtet.

Ein geringer Bildungsstand und schlechte Deutschkenntnisse erschweren zudem die Integration in den Arbeitsmarkt. Ausländische Erwerbstätige in Österreich weisen im Durchschnitt eine geringere Qualifikation als die inländische Bevölkerung auf (Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres 2011, S. 56). Rund zwei Drittel der höheren Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten resultiert aus ihrem geringeren Bildungsniveau (Biffl 2008, S. 25). Zuwanderinnen und Zuwanderer sind am Arbeitsmarkt zudem häufig von offenen (z. B. Aussortierung von Bewerberinnen und Bewerbern mit ausländischem Namen, Ablehnung von kopftuchtragenden Migrantinnen) und verdeckten (z. B. Forderung von Deutschsprachkenntnissen, obwohl für die konkrete Tätigkeit nicht relevant) Diskriminierungen betroffen (Liebig 2008, S. 4). Die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund wird zudem durch das geringere Wissen um Institutionen und die schlechtere Einbindung in lokale Netzwerke erschwert. Die Einbindung in lokale soziale Netzwerke ermöglicht einen Wissensvorsprung über Beschäftigungsmöglichkeiten (Biffl 2007, S. 280). Zuwanderinnen und Zuwanderern fehlen häufig derartige Netzwerke oder sie wissen nichts bzw. zu wenig über die Funktionsweise des österreichischen Arbeitsmarktes (z. B. über verfügbare Stellenangebote oder Kanäle, über die freie Stellen kommuniziert und vergeben werden). Zudem fehlen häufig persönliche Kontakte, um bei der Stellenbesetzung zum Zug zu kommen (Liebig 2008, S. 2). Außerdem sind Migrantinnen und Migranten häufig von schlechteren Arbeitsbedingungen betroffen (z. B. atypische Beschäftigungsformen wie Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Spät- und Nachtdienst, geringere Entlohnung) (Huber 2011, S. 106 und S. 112).

Hinweis

Das Tragen von religiösen Symbolen, wie z. B. eines Kopftuches, fällt in den Schutzbereich des Gleichbehandlungsgesetzes, das Diskriminierung aufgrund der Religion verbietet (siehe §§ 17 und 18 Gleichbehandlungsgesetz). Die Ablehnung von Bewerberinnen für eine freie Stelle bspw. aufgrund des Tragens eines Kopftuches ist damit verboten.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Beschäftigung sowie Ausbildungsverhältnisse in der Gemeindeverwaltung und in Betrieben der Gemeinde in unterschiedlichen Positionen bieten (Gemeinde als Arbeitgeberin; Vorbildwirkung der Gemeinde)
- Information von (Leit-)Betrieben über das Potential einer Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Würdigung von Unternehmen, die Vielfalt und Diversität leben (z. B. Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Menschen mit Behinderung, Frauen, Männern in Sozial- und Betreuungseinrichtungen, Menschen mit Migrationshintergrund), bspw. durch öffentliche Anerkennung oder besondere Berücksichtigung bei der Vergabe von Aufträgen
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftskammer und Beratungsstellen zur Förderung der Selbstständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund

Besondere Zielgruppen

- Menschen mit Migrationshintergrund
- Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund
- Geschäftsführende Verantwortliche und Personalverantwortliche von Wirtschaftsbetrieben in der Gemeinde und der Gemeindeverwaltung

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Gute Lebensqualität ist ein zentrales Anliegen für jede Gemeinde. Dazu gehören nicht zuletzt auch ein hohes Beschäftigungsniveau und berufliche Zufriedenheit. Besonders wichtig ist dabei, dass nicht Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, aus falschen oder nichtigen Gründen bei den beruflichen Möglichkeiten benachteiligt zu werden. Die daraus erwachsende Frustration würden auf die eine oder andere Weise alle in der Gemeinde zu spüren bekommen. Für die Gemeinden insgesamt liegt der finanzielle Mehrwert von mehr Beschäftigung und vor allem von besserer Übereinstimmung von Qualifikation und Beruf im größeren Betrag, der dadurch als Ertragsanteile an sie fließen würde. Ein nicht monetärer Mehrwert bestünde in der Vergrößerung der bisher relativ geringen Zufriedenheit der eingewanderten Familien mit dem Leben in Österreich und daraus folgend größerer Kooperationsbereitschaft. Die größte Schwierigkeit besteht wohl darin, dass die einzelne Gemeinde den Effekt ihrer Bemühungen nicht direkt und nicht sofort spürt. Nur wenn viele Gemein-

den an demselben Strang ziehen, wird die Wirkung ausreichend spürbar. Die große konzeptuelle Schwierigkeit besteht in der Trennung zwischen der Zielgruppe der erforderlichen Aktivitäten, nämlich den Betrieben und Arbeitsvermittlern, und den Nutznießern, nämlich den eingewanderten Familien und der gesamten Bevölkerung. Zu den informellen Arbeits- und Auftragsvermittlern zählen stets auch Vereine und Klubs jeder Art.

Arbeitsuchende erhalten vom AMS Unterstützung bei der Suche und bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Sie erhalten keine Unterstützung bei der Überwindung von Vorurteilen und Fehleinschätzungen der Arbeitgeber/innen. Beschäftigte, deren berufliches Potential nicht adäquat genutzt wird, haben überhaupt keine Möglichkeit, Unterstützung bei der Verbesserung der Situation zu erhalten. Es geht hier um sachliches und sachgerechtes Verhalten der Entscheidungsträger/innen in den Betrieben. Die Betriebe brauchen mehr Information über die eingewanderte Bevölkerung und die eingewanderten Beschäftigten. Örtliche Arbeitgeber und ihre Verbände sollten von den Wohnsitzgemeinden eingeladen und in gut organisierten informellen Kontakt mit der betreffenden Bevölkerung gebracht werden.“

(Mag. August Gächter, Projektleiter im Bereich Arbeit und Chancengleichheit, ZSI – Zentrum für Soziale Innovation, Wien)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.


Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Tabelle 20: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Arbeit und Beruf“

Good-Practice-Beispiele

Projekt: <i>Interkulturelle Stützkräfte in den Kindergärten</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Neunkirchen</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Landesschulrat NÖ, Land NÖ (Kindergartenabteilung)
Inhalt des Projekts: Bereits seit mehr als zehn Jahren beschäftigt die Stadtgemeinde Neunkirchen in den Kindergärten „Interkulturelle Stützkräfte“. Im Jahr 2012 unterstützen in fünf der sechs Landeskindergärten türkischsprachende Mitarbeiter/innen den Kindergartenalltag und helfen, sprachliche Barrieren und die damit verbundenen Missverständnisse zwischen dem Kindergartenpersonal, den Eltern und den Kindern abzubauen. In einigen Kindergärten werden auch Stützkräfte mit albanischer Muttersprache eingesetzt. Die interkulturellen Stützkräfte sind Bedienstete der Gemeinde. Zusätzlich stehen z. T. interkulturelle Mitarbeiter/innen in den Kindergärten zur Verfügung, die vom Land Niederösterreich eingestellt und bezahlt werden (Steiner 2012).
Kosten: Personalkosten für die interkulturellen Stützkräfte
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2001
Ansprechperson: Walter Kramsl, Abteilungsleitung „Integration und Kultur“, Stadtgemeinde Neunkirchen

Tabelle 21: Good-Practice-Beispiel „Interkulturelle Stützkräfte in den Kindergärten“



Abbildung 10: Interkulturelle Fortbildung für Kindergartenmitarbeiterinnen (© Marktgemeinde Nenzing)

Projekt: <i>Vergabe von Praktika und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gemeindeverwaltung</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Telfs</i>
Kooperationspartner: –
Inhalt des Projekts: Die Marktgemeinde Telfs beschäftigt Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen Positionen der Gemeindeverwaltung. Bspw. sind im Bauamt zwei von neun Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern mit Migrationshintergrund (syrischer und türkischer Migrationshintergrund) als Diplomingenieure beschäftigt, und ein türkischstämmiger Maturant ist für die türkische Beratung im Gemeindeamt angestellt. Regelmäßig werden bspw. auch Praktika an Jugendliche mit Migrationshintergrund vergeben. Als Einstellungskriterium gilt grundsätzlich die fachliche Eignung, unabhängig von Herkunft und Nationalität (Heinz 2012b).
Kosten: keine zusätzlichen Kosten
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend
Ansprechperson: Mag. Ewald Heinz, Integrationsbeauftragter, Marktgemeinde Telfs

Table 22: Good-Practice-Beispiel „Vergabe von Praktika und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gemeindeverwaltung“

Projekt: <i>Interkulturelle Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter/innen</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Grödig</i>
Kooperationspartner: –
Inhalt des Projekts: In der Bürgerservicestelle des Gemeindeamts treten öfters Schwierigkeiten aufgrund sprachlicher Barrieren und Unsicherheiten, aber auch aufgrund unklarer und widersprüchlicher Formulierung der Anliegen auf. Im Bürgerservice sind die Mitarbeiterinnen täglich mit Konflikten zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und den langansässigen Grödigerinnen und Grödigern konfrontiert, aber auch mit Konflikten in der Verwaltung zu diesem Thema. Um diesen Konfliktsituationen besser begegnen zu können, entschloss sich die Leiterin der Bürgerservicestelle, eine Ausbildung für interkulturelles Konfliktmanagement zu absolvieren. Die Weiterbildung der Mitarbeiterin wurde sowohl vom Bürgermeister als auch vom Amtsleiter positiv wahrgenommen und konnte von ihr in der

<p>Arbeitszeit absolviert werden. Die Kosten dafür wurden von der Gemeinde als Weiterbildungsmaßnahme finanziell übernommen. Die Ausbildung hilft der Mitarbeiterin, in verschiedenen Konfliktsituationen, mit denen sie im Zuge ihrer Arbeit konfrontiert ist, gezielter zu handeln (Weissenbacher 2012).</p> <p>Interkulturelle Weiterbildungen bringen einen Mehrwert für alle Beteiligten, wenn das Wissen am Arbeitsplatz entsprechend eingesetzt werden kann. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (interkulturelle) Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen, mehr noch, unter den Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern zu fördern, ist eine Führungsaufgabe und trägt zur interkulturellen Öffnung der Gemeindeverwaltung bei.</p>
<p>Kosten: Ausbildungskosten, Personalkosten</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: –</p>
<p>Ansprechperson: Elisabeth Weissenbacher, Leiterin des Bürgerservices, Marktgemeinde Grödig</p>

Tabelle 23: Good-Practice-Beispiel „Interkulturelle Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter/innen“



Abbildung 11: Gemeindeamt als Ansprechstelle vor Ort für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (© Gina Sanders, Fotolia.com)

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.



Arbeit und Beruf	
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	
1.	
2.	
3.	
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	
1.	
2.	
3.	
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	
1.	
2.	
3.	

Tabelle 24: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Arbeit und Beruf“

Gesundheit und Soziales

„Es ist uns klar, dass das Gelingen allen nützt und das Scheitern allen schadet. Dabei gib[!] es nicht das eine große Problem und die eine große Lösung, es gibt keinen gordischen Knoten, den man aufknüpfen oder zerschlagen muss, sondern viele kleinere und größere Herausforderungen, die es gemeinsam mit PartnerInnen zu bewältigen gilt.“

Land Steiermark – Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2012a)



Abbildung 12: Medizinische Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund wird oft zur Herausforderung (© Österreichisches Jugendrotkreuz/Nadja Meister)

5.2.4 Gesundheit und Soziales

Aufnahme- und Integrationskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Vom Handlungsfeld „Gesundheit und Soziales“ sind bspw. neben Fragen der Gesundheitsversorgung, des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen und dem Angebot an sozialen Initiativen auch frauen- und seniorenspezifische Maßnahmen umfasst.

Eine wesentliche Herausforderung in diesem Handlungsfeld betrifft den, im Vergleich zur Aufnahmebevölkerung, schlechteren Gesundheitszustand von Menschen mit Migrationshintergrund im höheren Alter, der durch die häufig körperlich anstrengende Arbeit hervorgerufen wird. Eine weitere Herausforderung liegt in der meist mangelnden Informiertheit der Menschen mit Migrationshintergrund über die Funktionsweise des österreichischen Gesundheitssystems („health literacy“). Wechselseitige Sprachprobleme zwischen Patient/in und Ärztin/Arzt sowie kulturell bedingte Unterschiede z. B. in der Krankheitswahrnehmung erhöhen das Behandlungsrisiko und die Behandlungskosten. Außerdem fällt auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener Vorsorgeuntersuchungen nutzen, häufig keinen aufrechten Impfschutz aufweisen und häufiger chronisch erkrankt sind als die Aufnahmebevölkerung. Migrantinnen und Migranten der ersten Generation befinden sich teilweise bereits in Pension bzw. im Übertritt zwischen Arbeitsleben und Pension. Beim generell wachsenden Betreuungs- und Pflegebedarf ist auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund besonderes Augenmerk zu legen (Münz 2011, S. 15). Dies erfordert bspw. den Einsatz von entsprechend ausgebildetem Personal (u. a. interkulturelle Kompetenz) sowie die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gesundheits- und Pflegeberufen. Sie bringen nicht nur zusätzliche Sprachkenntnisse mit, sondern können zu pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen aus dem eigenen Kulturkreis einen einfacheren Zugang finden.

Frauen sind weniger häufig erwerbstätig als Männer. Für Frauen mit Migrationshintergrund kann dies schnell in soziale Isolation innerhalb der eigenen vier Wände führen. Frauen sind nicht nur speziell bei Angeboten der Gesundheitsversorgung zu berücksichtigen. Insbesondere auch die soziale Integration und der verbale Austausch mit anderen Frauen zu verschiedenen Lebensbereichen sollte verstärkt gefördert werden.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung und -prävention in Zusammenarbeit mit den ansässigen Gesundheitsdienstleistern erarbeiten (Krankenhaus, Ärztinnen und Ärzte, Pflege- und Betreuungseinrichtungen)
- Auf erhöhte Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund achten
- Zugang zu Sozialleistungen (z. B. Heizkostenzuschuss, Babystartpaket) allen Personen unabhängig von der Staatsbürgerschaft ermöglichen
- Bedarf an mehrsprachigen Informationsmaterialien zur Erleichterung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen überprüfen und erforderlichenfalls anbieten

- Verantwortung der Gemeinde als Arbeitgeberin in gemeindeeigenen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Soziale Begegnungsmöglichkeiten fördern

Besondere Zielgruppen

- Ältere Migrantinnen und Migranten
- Menschen mit Migrationshintergrund (insbesondere Frauen und Kinder)
- Pflege- und Krankenhauspersonal sowie ortsansässige Ärztinnen und Ärzte

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Gemeinde und Integration, Gemeinde und Soziales – ein echtes Spannungsfeld. Auf der einen Seite die täglichen Konflikte, auf der anderen Seite die unabdingbare Aufgabe der Gemeinde, auch im Angesicht des ständig über allen Visionen, Bemühungen und Intentionen schwebenden Spargedankens Entscheidungen zu treffen, die höchstmögliche Akzeptanz erfahren sollen und für die Betroffenen von Vorteil sind. Dabei muss aber der Grundgedanke der Integration, ein Ganzes zu werden und damit ein weitgehend konfliktfreies Leben zu ermöglichen, als oberstes Ziel ständig im Auge behalten werden. Viele Gemeinden stehen am Beginn des Integrationsprozesses. Die täglichen Herausforderungen, die durch das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen entstehen, sind zu bewältigen. Es geht um die Versorgung mit menschengerechten Wohnungen, es geht um die Integration der Kinder in den Unterricht. Es geht aber auch um die sehr sensible Aufgabe, die Mütter dieser Kinder in Entscheidungsprozesse miteinzubinden und ihnen damit das Selbstvertrauen zu geben, das den Wunsch nach Integration weckt und artikulieren lässt. Es scheint dies eine der unabdingbaren Voraussetzungen zu sein, dem begonnenen Prozess tatsächlich eine Chance auf Verwirklichung zu geben. Das Angebot an Projekten und Förderungen ist sehr umfangreich. Es liegt am Mut und an der Entscheidungsfreudigkeit der verantwortlichen Politiker/innen, einen Integrationsprozess einzuleiten, ihn zu begleiten und trotz manchmal sehr starken Gegenwindes diesen Weg konsequent zu verfolgen und mutig dahinter zu stehen.“

(Helene Fuchs-Moser, Vizebürgermeisterin, Integrationsstadträtin und Direktorin der PTS Korneuburg, Stadtgemeinde Korneuburg)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.


Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Table 25: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Gesundheit und Soziales“

Good-Practice-Beispiele

Projekt: <i>Interkulturelles Frauencafé</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Neunkirchen</i>
Kooperationspartner: –
Inhalt des Projekts: Von den Neunkirchner Stadt- und Gemeinderätinnen wurde ein interkulturelles Frauencafé unter dem Motto „Wir Frauen reden miteinander“ ins Leben gerufen. Die Treffen finden fünfmal im Jahr statt und bieten die Gelegenheit, über unterschiedliche Themen des Alltags und des Zusammenlebens gemeinsam zu diskutieren. Um einen gezielten fachlichen Austausch zu erreichen, laden die Stadt- und Gemeinderätinnen Expertinnen und Experten zu den Treffen ein. Die Maßnahme wird sehr gut angenommen; bei den Cafés nehmen zwischen acht und 26 Frauen teil (Steiner 2012).
Kosten: 176 Euro/Jahr (Raummiete für die Zusammenkünfte)
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2011
Ansprechperson: Stadträtin Ilse Steiner, Stadtgemeinde Neunkirchen

Table 26: Good-Practice-Beispiel „Interkulturelles Frauencafé“

Projekt: <i>Impfbroschüre</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Stadtgemeinde Knittelfeld</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit OMEGA – Transkulturelles Zentrum, Graz, und Land Steiermark (Förderpartner)
Inhalt des Projekts: Der Arbeitskreis für Integration hat im Jahr 2009 gemeinsam mit dem Verein OMEGA, der u. a. medizinische, psychologische, psychiatrische, psychosoziale und psychotherapeutische Beratung, Betreuung und Behandlung anbietet, eine Impfbroschüre in mehreren Sprachen entwickelt (Albanisch, Serbokroatisch, Rumänisch). Diese enthält Informationen zu den wichtigsten (Kinder-)Schutzimpfungen wie Hepatitis, Diphtherie und Tetanus. In der Broschüre wird auf sehr einfache Weise u. a. erklärt, warum Impfungen wichtig sind und welche Pflichtimpfungen es gibt. Der Inhalt der Broschüre wurde von Doktor Ressi, einem Arzt des Vereins OMEGA, überprüft. Ziel der Broschüre ist es, das Bewusstsein für Gesundheitsvorsorge bei den Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern (Lassnig 2012).
Kosten: Kopierkosten (hausintern), Übersetzungen durch Integrationsbeirat ehrenamtlich
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2009
Ansprechperson: Gemeinderätin Anica Lassnig, Integrationsbeauftragte, Stadtgemeinde Knittelfeld

Tabelle 27: Good-Practice-Beispiel „Impfbroschüre“

Projekt: <i>Pinocchio – Eltern-Kind-Treff</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Integrationsbeirat der Gemeinde Altsch</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Gemeinde Altsch
Inhalt des Projekts: „Pinocchio“ ist ein niederschwelliger interkultureller Eltern-Kind-Treff, der sich an Eltern mit Kleinkindern bis zu drei bzw. vier Jahren richtet. Die Treffen finden wöchentlich am Nachmittag für 2,5 Stunden statt. Die Teilnahme ist offen und erfordert keine gesonderte Anmeldung, ist für die Besucher/innen kostenlos und wird von einer Betreuerin fachkundig begleitet. Eltern mit österreichischen und nicht-österreichischen Wurzeln haben Gelegenheit, andere Eltern kennen zu lernen, sich mit ihnen bei Tee, Kaffee und Kuchen auszutauschen. Die Kleinkinder spielen unter Aufsicht der Eltern,

lernen andere Kinder kennen, hören andere Sprachen und haben Spaß miteinander. Die Gemeinde Altach hat viel Zuzug, sodass junge Eltern oft keine Verwandten und nur wenige Bekannte im Dorf haben. Mit „Pinocchio“ finden sie Gleichgesinnte und begegnen Menschen aus anderen Kulturen. Dies ist eine weitere Form, wie der interkulturelle Dialog im Dorf gefördert wird (Karu 2012).

Kosten: Gemeinde (Raumkosten und Personalkosten für die Betreuerin)

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit Jänner 2011

Ansprechpersonen: Gemeinderätin Kiki Karu, Obfrau des Ausschusses für Soziales und Integration, Gemeinde Altach; Conny Klotz, Betreuerin des interkulturellen Eltern-Kind-Treffs

Tabella 28: Good-Practice-Beispiel „Pinocchio – Eltern-Kind-Treff“



Abbildung 13: Pinocchio – Eltern-Kind-Treff
(© Mag.^a Ursula Karu)

Projekt: *Ausbildungsreihe: „Migration und Gesundheit“ und Fortbildungen für das Krankenhauspersonal*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Stadtgemeinde Knittelfeld*

Kooperationspartner: *in Kooperation mit OMEGA – Transkulturelles Zentrum, Graz*

Inhalt des Projekts:

In Zusammenarbeit mit dem Verein OMEGA organisierte der Arbeitskreis für Integration im Jahr 2011 eine Ausbildungsreihe für Arbeitskreismitglieder, bei der über häufige Gesundheitserkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen informiert wurde. Diese sollen in weiterer Folge als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihr Wissen im Rahmen von Sitzungen des islamischen Kulturvereins weitergeben.

Für das Personal des Krankenhauses wurden im Zeitraum 2010 bis 2012 Fortbildungen in Zusammenarbeit mit OMEGA u. a. zu den Themen Krankheitswahrnehmung von

Migrantinnen und Migranten oder Frauengesundheit durchgeführt. Für 2012 ist eine Gesundheitsweiterbildungsreihe geplant, die sich an Menschen mit Migrationshintergrund richtet. Hierbei soll das Thema „Gesundes Zusammenleben“ u. a. mit dem Abfallwirtschaftsverein bearbeitet werden, der über richtiges Mülltrennen informiert (Lassnig 2012).
Kosten: keine
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: Fortbildungen für den Arbeitskreis Integration, das Krankenhauspersonal und Menschen mit Migrationshintergrund: 2010–2012
Ansprechperson: Gemeinderätin Anica Lassnig, Integrationsbeauftragte, Stadtgemeinde Knittelfeld

Tabelle 29: Good-Practice-Beispiel „Ausbildungsreihe: ‚Migration und Gesundheit‘ und Fortbildungen für das Krankenhauspersonal“

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.

Gesundheit	Soziales
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.





Gesundheit	Soziales
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Tabelle 30: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Gesundheit und Soziales“

Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung

„Denn Partizipation bedeutet Einbeziehung. Partizipation bedeutet Einbindung. Partizipation bedeutet Mitmachen. Partizipation bedeutet Freiheit und Verantwortung. Partizipation bedeutet am Ende Mittragen und Identifikation sowie Solidarität zur Entscheidung: Wer eingebunden ist und mitgemacht hat, der trägt Entscheidungen, Programme und Ideen sowie deren Umsetzung viel eher mit als jemand, der nicht einbezogen und eingebunden war und nicht mitmachen konnte.“

Tina Widmann (2012), Landesrätin, Land Salzburg



Abbildung 14: Gemeindeleben mitbestimmen – der türkischstämmige Gemeinderat Güven Tekcan (ÖVP; 2. von rechts) vertritt seine Wähler/innen im Telfer Gemeinderat (© MG Telfs/Dietrich)

5.2.5 Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung

Aufnahme- und Integrationskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Dieses Handlungsfeld umfasst insbesondere die Themenbereiche Gemeindepolitik, Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung sowie Partizipation und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund. Auch das Thema Diskriminierung von einzelnen Bevölkerungsgruppen ist in diesem Handlungsbereich zu berücksichtigen.

Gemeinden zeichnen sich nicht nur durch eine unmittelbare örtliche und gegenständliche Nähe zur Bevölkerung aus, sondern können Menschen auch eine größere Möglichkeit an Mitbestimmungsmöglichkeiten bieten (Wehling 1992, S. 183). Vereinsstrukturen, Möglichkeiten zur Mitarbeit in politischen Parteien oder der Zusammenschluss zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen und bürgerschaftlichen Initiativen bieten auch Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft – trotz fehlenden politischen Mitbestimmungsrechten in Form von Wahlen – Wege zur Kanalisation und Vertretung von Interessen. Das bürgerschaftliche Engagement, das insbesondere auf der Ebene der Kommunen Ausprägung findet, ist wiederum bei der Umsetzung von integrationsfördernden Aktivitäten und Maßnahmen von besonderer Bedeutung.

Besonderes Augenmerk sollte von den Gemeinden auch auf die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in offiziellen entscheidungsbefugten und beschlussfassenden Gremien (z. B. Gemeinderat, Gemeindevertretung) gelegt werden. Menschen mit Migrationshintergrund sollten nicht nur vereinzelt, sondern möglichst entsprechend ihres Anteils an der Gemeindebevölkerung im Gemeinderat vertreten sein.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Wissen verschaffen über die Angebote und Tätigkeiten der Vereine
- Wertschätzung der Arbeit von allen Vereinen in der Gemeinde
- Förderung der Vereine unter Berücksichtigung des Vereinszwecks und der erbrachten gesellschaftlichen Dienstleistungen
- Überprüfung der realen Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten für einzelne Gruppen der Bevölkerung wie Menschen mit Migrationshintergrund (wo und in welcher Form bieten wir als Gemeinde Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten?)
- Initiativen zur Vermittlung der gesellschaftlichen Werte und der Rechte und Pflichten für das Zusammenleben, Information über die Geschichte der Gemeinde

Besondere Zielgruppen

- Vereinsvorstände und -ansprechpartner/innen
- Gemeindepolitiker/innen
- Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Integration ist gestaltbar – und die Ebene der Gemeinden ist höchst potentialreich für eine strukturelle, soziale, kulturelle und identifikatorische Dimensionen umfassende Integrationspolitik! Gemeinden bzw. Städte bilden den ersten Ankunftsort für in ein Land zuwandernde Menschen und damit das Umfeld für die erste Orientierung in der neuen Umgebung. Sie bilden auch das zentrale Wohn- und Lebensumfeld von Migrantinnen und Migranten und deren Familien. Auf dieser Ebene kommen sie in einem gehäuften Maß mit Institutionen des neuen Landes in Kontakt (Gemeindeverwaltung, Kindergarten, Schule, Fürsorgeprogramme etc.), und hier befinden sich entscheidende Institutionen für den sozialen Ein- und Aufstieg (der vorschulische Bildungsbereich und die Pflichtschule). Hier etablieren Zuwanderinnen und Zuwanderer auch ihre Infrastruktur wie Vereine, Gebetsstätten oder Geschäfte und werden dadurch als Kollektiv und auch als ‚Andere‘ sichtbar. Gemeinden bilden somit einen zentralen Sozialraum für die Begegnung von Einheimischen und Migrantinnen und Migranten, und dieser Kontaktbereich ist daher auch besonders sensibel für Irritationen, die in dieser Begegnung entstehen können. Zugleich ist die Kommune durch das Potential der persönlichen Begegnungsmöglichkeit und der Gelegenheitsstrukturen für Zusammenarbeit an gemeinsamen sachlichen Anliegen auch besonders geeignet, für Integrationsprozesse ‚normale‘ Irritationen und konflikthafte Dynamiken zu transformieren und laufend das soziale Vertrauen zwischen Bevölkerungsgruppen zu generieren, die eine Gesellschaft mit Pluralität braucht.

Integrationspolitik kann und sollte als Zielgruppen-, Beteiligungs- und Anerkennungs-politik begriffen werden, die im Sinne des Steuerungsparadigmas eines Themas als ‚Querschnittsmaterie‘ in allen relevanten Politik- und Handlungsfeldern umgesetzt wird. Das bedeutet, im Sinne der Bedürfnisorientierung von Maßnahmen auch Migrantinnen und Migranten und ihre spezifische Situation in der kommunalen Arbeit auf allen Ebenen und bei allen relevanten Aktivitäten mit zu bedenken. Gibt es Angebote, welche den Integrationsprozess dieser Gruppe unterstützen und befördern (wie Spracherwerb, Orientierung, Informationsbroschüren)? Sind die bestehenden Angebote so ausgerichtet, dass sie auch für Migrantinnen und Migranten passen (z. B. Übersetzungen, Dolmetschen)? Wo können Migrantinnen und Migranten aktiv in Beteiligungsstrukturen der Gemeinde eingebunden werden (Vereine, Elternvereine, kommunale Gremien, Gemeindepolitik etc.)? Haben Migrantenvereine denselben Zugang zu Ressourcen wie die Vereine der ‚Einheimischen‘? Können Migranten und Migrantinnen im Gemeindeleben das zeigen, einbringen und repräsentieren, was sie an kulturellen Formen mitgebracht oder als spezifische Ausdrucksform im Zuzugsland hervorgebracht haben? Ein solches Verständnis von Integrationspolitik verliert aber auch die länger ansässige Bevölkerung und ihre Bedürfnisse bzw. spezifischen sozialen Reaktionen auf Integration nicht aus den Augen: Gibt es Rahmen für die Begegnung von Migrantinnen und Migranten mit Einheimischen, in denen aktuelle Fragen sowie Themen des Zusammenlebens in kultureller Vielfalt gemeinsam besprochen werden können oder auch einfach nur das vielfältige kulturelle Leben der Kommune positiv und interessant erlebt werden kann? Gemeinden entfalten dann ihr Potential für die Integration von Zugewanderten und die Moderation der zunehmenden kulturellen Pluralisierung von Lebenswelt und Gesellschaft am besten, wenn sie Integrationspolitik nicht als

Klientelpolitik für die eine oder andere Gruppe verstehen, sondern sich bei dieser Politik-aufgabe an der Gemeinde als Ganzem orientieren und Integration mit dem Ziel gerechter Teilhabe und das Zusammenleben in kultureller Vielfalt als ‚normale‘ Gestaltungsherausforderungen unserer Zeit verstehen können.“

(Dr.ⁱⁿ Eva Grabherr, Leiterin von okay.zusammen leben – Projektstelle für Zuwanderung und Integration, Dornbirn)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.

Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Tabelle 31: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung“

Good-Practice-Beispiele



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems, OÖ.

Bevölkerung: 4.101 Einw., 682 Personen ausländischer Herkunft (16,6 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2010

Projekt: *Integrationsbeirat Kirchdorf an der Krems*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Integrationsbeirat Kirchdorf an der Krems*

Kooperationspartner: in Kooperation mit Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems

Inhalt des Projekts:

Im Rahmen des Lokalen Agenda 21-Prozesses wurde die Kirchdorfer Bevölkerung eingeladen, zu unterschiedlichen Themenbereichen Arbeitsgruppen zu bilden. Durch die Stadtgemeinde wurde auch eine Arbeitsgruppe zum Thema „Integration“ installiert. Daraus ausgehend wurde im Jahr 2008 ein Integrationsbeirat gegründet. Der Beirat ist kein Verein, sondern versteht sich als parteiloser Beirat der Stadtgemeinde Kirchdorf, der dem politischen Ressort für Soziales zugeordnet ist. Die Einrichtung des Beirates wurde mittels Gemeinderatsbeschluss formal genehmigt. Der Beirat möchte durch seine Tätigkeit zu einem friedlichen und gegenseitig verbindenden Zusammenleben beitragen. Er ist aber auch Bindeglied zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund, langansässigen Kirchdorferinnen und Kirchdorfern und der Gemeindepolitik. Durch den Integrationsbeirat sollte eine Form der Interessenkanalisation und Mitbestimmung geschaffen werden. Dem Integrationsbeirat gehören elf Mitglieder an, die bestellt und in ihre Funktion formal gewählt werden. Sechs der elf Mitglieder haben Migrationshintergrund. Zweimal jährlich besteht für den Beirat die Möglichkeit, einen Tagesordnungspunkt für eine Gemeinderatssitzung nach vorheriger Behandlung im zuständigen Gemeinderatsausschuss einzubringen. Die Mitglieder des Integrationsbeirates arbeiten ehrenamtlich und werden durch die Stadtgemeinde Kirchdorf dadurch unterstützt, dass diese die Mietkosten für das „Haus der Begegnung“ übernimmt, in dem die monatlichen Beiratssitzungen stattfinden. Der Integrationsbeirat organisiert die regelmäßig stattfindende Veranstaltung „Kirchdorf kocht interkulturell auf“, Vorträge zu integrationsrelevanten Themen, das jährliche mediterrane Grillfest im Stadtpark, das „Fest der Begegnung“ (findet alle zwei Jahre statt) sowie regelmäßig Fußballturniere, die unter dem Motto „Fremdenhass ins Abseits kicken“ stehen. Außerdem betreibt der Beirat kontinuierlich Öffentlichkeitsarbeit (bspw. werden regelmäßig in der lokalen Zeitung „TIPS“ gelungene Integrationsbiographien aus der

<p>Stadtgemeinde vorgestellt und verschiedene Aspekte der Integrationspolitik und -arbeit betrachtet). Die Aktivitäten des Integrationsbeirates werden durch die Einnahmen von Festen und Veranstaltungen, die der Beirat organisiert, finanziert. Mit den Einnahmen werden auch die bosnische, kroatische, kosovarische und serbische Tanzgruppe durch einen finanziellen Beitrag unterstützt. Seit dem Jahr 2011 versucht der Beirat seine Tätigkeit auf den ganzen Bezirk Kirchdorf auszudehnen und verstärkt mit den Umlandgemeinden zusammenzuarbeiten (Horcicka 2012; Integrationsbeirat Kirchdorf 2008).</p>
<p>Kosten: 3.000 Euro Mietkosten, projektbezogene Förderungen</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2010</p>
<p>Ansprechperson: Mag. Franz Horcicka, Vorsitzender des Integrationsbeirats, Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems</p>

Table 32: Good-Practice-Beispiel „Integrationsbeirat Kirchdorf an der Krems“

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Marktgemeinde Telfs, T.

Bevölkerung: 14.736 Einw., 3.244 Personen ausländischer Herkunft (22,0 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Türkinnen und Türken (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten); Personen mit türkischem Migrationshintergrund leben bereits in vierter Generation in Telfs; sie sind zu über 65 % österreichische Staatsbürger/innen; jedes dritte Kind in Telfs ist türkischstämmig (Marktgemeinde Telfs 2012; Heinz 2011)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Gastarbeiter/innen-Zuwanderung und lange Tradition von Integrationsbemühungen; in Politik und Verwaltung verankert; 2005 wurde in Telfs der dritte Gebetsturm Österreichs errichtet; bei zahlreichen Integrationsprojekten Vorreiterrolle; „Integration“ wird bereits zur „Normalität“



<p>Projekt: <i>Weißbuch</i></p>
<p>Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Telfs</i></p>
<p>Kooperationspartner: –</p>
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Seit dem Jahr 2006 wird von der Stadtverwaltung Telfs ein Weißbuch zur Bevölkerungsstatistik und der demographischen Entwicklung der Marktgemeinde erstellt. Darin nachzulesen sind u. a. auch detaillierte Übersichten zu Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund. Als Datenquelle zur Erstellung des Weißbuches werden Daten des Meldeamts der Marktgemeinde Telfs sowie</p>

<p>des Standesamtsverbands Telfs, der Landesstatistik und der Statistik Austria herangezogen. In der ersten Ausgabe des Weißbuches wurde außer der umfassenden Darstellung der demographischen Situation von Telfs auf die Frage nach den „echten Telfern“, „Neutelfern“ und „Nichttelfern“ durch einen Historiker aus geschichtlicher Sicht eingegangen. Dabei wird festgestellt, dass Telfs seit jeher Einwanderungsort war und große Integrationskraft bewies. Der Historiker hielt in seinen Ausführungen im ersten Weißbuch fest, dass die Frage nach „echten“ Telfern müßig ist, nachdem eine beispielhafte Darstellung für einen Geburtsjahrgang gezeigt hat, dass von acht Frauen nur eine Frau in Telfs geboren wurde. Im dritten Abschnitt des ersten Telfer Weißbuchs wurden Fakten und Meinungen von Professionistinnen und Professionisten (z. B. Kindergartenleiterin, Schuldirektorinnen und -direktoren, Leiterin der öffentlichen Bücherei Telfs, Obmann des ATIB Telfs und des Türkisch-Islamischen Kulturzentrum Telfs, Inspektionskommandant der Polizeistation Telfs, Gemeindefarmer, Abteilungsleiterin des Wohnungs- und Sozialamts der Marktgemeinde Telfs, ortsansässige türkischstämmige Feinkosthändler/in, Vertreter/in von Arbeiterkammer und AMS) eingeholt und dargestellt. Dies sollte zur Objektivierung und Versachlichung des Themas in seinen unterschiedlichen Ausprägungen beitragen (Heinz 2012b; Miteinander Zukunft 2006; Integrationsausschuss der Marktgemeinde Telfs 2011).</p> <p>Wissenslücken werden häufig mit Vorurteilen gefüllt. Daher ist die Darlegung der tatsächlichen Erfahrungen von den Menschen, die täglich in ihrer Arbeit mit Integrationsfragen und -herausforderungen konfrontiert sind, besonders wichtig, um eine sachliche und faktenbasierte Diskussion führen zu können. Das Weißbuch wird jährlich aktualisiert.</p>
Kosten: Personalkosten für die Erstellung und Aktualisierung
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: jährlich seit 2006
Ansprechperson: Mag. Ewald Heinz, Integrationsbeauftragter, Marktgemeinde Telfs

Tabelle 33: Good-Practice-Beispiel „Weißbuch“

Projekt: <i>Jungbürger/innenfeier</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck</i>
Kooperationspartner: –
Inhalt des Projekts:
Die Gemeinde lädt alle Jugendlichen, die die Volljährigkeit erreicht haben, sowie Lehrlinge und Maturantinnen und Maturanten mit einem ausgezeichneten Abschluss zu einer gemeinsamen Feier ein. Die Jugendlichen bekommen u. a. die Landeschronik und

einen Jungbürger/innenbrief überreicht. Im Rahmen dieser Feier wird den Jugendlichen auch Musik und Modestil aus ihren Geburtsjahrgängen präsentiert (Brettbacher 2012; Huber 2012). Das Projekt stellt keine Spezialmaßnahme zur Förderung der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund dar, sondern spricht alle Jugendlichen der Gemeinde an und stellt damit eine Initiative im Rahmen der Regelstrukturen dar. Durch das Überreichen der Chronik und das Vorstellen der Musik- und Modestile werden die Jugendlichen dazu angeregt, sich mit der Geschichte der eigenen Gemeinde und der österreichischen Kultur auseinanderzusetzen.

Kosten: ca. 1.200 Euro

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend

Ansprechpersonen: Bgm. Franz Sieberer, Amtsleiter Gerhard Huber MBA MPA, Markt-gemeinde Frankenburg am Hausruck

Tabella 34: Good-Practice-Beispiel „Jungbürger/innenfeier“

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Marktgemeinde Neudörf, Bgld.

Bevölkerung: 4.295 Einw., 794 Personen ausländischer Herkunft (18,5 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Stetes Bemühen, um gutes Zusammenleben und Toleranz; keine speziellen Integrationsmaßnahmen

Projekt: *Migrantinnen und Migranten im Gemeinderat*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Marktgemeinde Neudörf*

Kooperationspartner: –

Inhalt des Projekts:

In der Marktgemeinde Neudörf besteht der rund 25-köpfige Gemeinderat rund zur Hälfte aus Personen, die selbst nicht gebürtige Neudörf/innen sind, sondern außerhalb der Gemeindegrenzen geboren wurden. Seit der letzten Gemeinderatswahl im Oktober 2012 ist erstmals auch ein junger kurdischstämmiger Neudörf/er im Gemeinderat vertreten. Das Interesse, sich zu engagieren, muss vorhanden sein. Die Möglichkeit, sich engagieren zu können, muss den Interessierten gegeben werden. Im Fall von Neudörf hat sich der damals 18-jährige Interessierte an die Bürgermeisterpartei gewandt. Über

mehrere Jahre wurde er in das Parteileben eingebunden, er engagierte sich bei Veranstaltungen und trat gemeinsam mit den offiziellen Parteirepräsentantinnen und -repräsentanten auf. Dadurch war ein langsames Hineinwachsen für ihn möglich, wurde in der
Gemeindebevölkerung bekannt und schaffte dadurch Akzeptanz für seine Person. Als Gemeinderat fungiert er außerdem als Bindeglied zwischen der Gemeindepolitik und seiner „Community“ und kann damit unmittelbar deren Interessen und Bedürfnisse vertreten (Posch 2012).
Kosten: keine
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: –
Ansprechperson: Bgm. Dieter Posch, Marktgemeinde Neudörfel

Tabelle 35: Good-Practice-Beispiel „Migrantinnen und Migranten im Gemeinderat“

Gemeinde-Steckbrief



Gemeinde: Altach, Vbg.

Bevölkerung: 6.385 Einw., 869 Personen ausländischer Herkunft (13,6 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Türkinnen und Türken (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Seit dem Jahr 2007 (Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung zu Integration), danach Beschluss eines Integrationskonzeptes, Gründung eines Integrationsbeirates und Beginn laufender Aktivitäten

Projekt: *Altacher Dorfgespräche – Ich lebe in Altach, du lebst in Altach – reden wir miteinander!*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Gemeinde Altach*

Kooperationspartner: okay.zusammen leben (Dr.ⁱⁿ Eva Grabherr)

Inhalt des Projekts:

Die „Altacher Dorfgespräche über Integration“ entstanden in Folge des kommunalen Integrationskonzeptes der Gemeinde Altach, das im Jahr 2008 von einer interkulturell zusammen gesetzten Projektgruppe erarbeitet wurde. Als erste konkrete Maßnahme sollte das Thema Integration mit der Bevölkerung diskutiert werden, langansässige Altacher/innen und Menschen mit Migrationshintergrund sollten miteinander ins Gespräch kommen und miteinander diskutieren, was sie voneinander möchten und brauchen, um im gemeinsamen Lebensraum „Dorf“ Altach gut miteinander auszukommen. Altach hat sich darauf besonnen, dass es ein Dorf ist. Ein Dorf lebt v. a. vom Vertrau-

en der Menschen, die in ihm leben: vom Vertrauen der Menschen untereinander und vom Vertrauen der Menschen in die Institutionen. Der Gemeinde Altach schien die „Gemeinschaftsebene“ des Integrationsprozesses in vielen Fachdiskussionen und Leitbildprozessen unterbelichtet, daher wählte die Gemeinde den Ansatzpunkt „Dorfgespräche“. Unter dem Motto „Ich lebe in Altach, du lebst in Altach – reden wir miteinander“ fand 2009 eine Dialogreihe mit der Bevölkerung über Integration statt. An drei Abenden lud die Gemeinde öffentlich zu den „Dorfgesprächen“ ein. Die Anwesenden stellten einander Fragen, diskutierten, erzählten ihre Erlebnisse und äußerten Wünsche. Die Gespräche wurden von einer externen Kommunikationsexpertin moderiert. An jedem Gesprächsabend gab es auch einen kulturellen Impuls: Pantomime, Improvisationstheater oder „Beheimatungserzählungen“ der Beteiligten. Um die Wirkung der Gesprächsreihe zu messen und Feedback von den Teilnehmenden zu erhalten, wurden Fragebogen ausgeteilt. Die Rückmeldung der Teilnehmer/innen war, dass der erste Abend noch etwas steif und „unoffen“ gewesen sei, niemand hätte so richtig reden wollen, die Teilnehmer/innen hätten sich nicht getraut, offen zu sein. Der zweite Abend wurde in den Rückmeldungen übereinstimmend als bereits viel offener beschrieben. Die Anwesenden konnten sich bereits Vieles sagen, Konflikte ansprechen und waren bereit, unterschiedliche Sichtweisen anzuhören. Nach dem dritten Abend meldeten die Teilnehmer/innen zurück, dass das Zusammensein schon gemütlich und fast vertraut gewesen sei (Karu 2012).

Kosten: Gemeinde: zur Verfügung stellen der Infrastruktur und Bewerbung im Gemeindeblatt; restliche Kosten (Erstellung und Druck der Folder und Plakate, Kosten für die Moderation und weitere Personalkosten für die Organisation): okay.zusammenleben – Projektstelle für Zuwanderung und Integration

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2009

Ansprechperson: Gemeinderätin Kiki Karu, Obfrau des Ausschusses für Soziales und Integration, Gemeinde Altach

Tabelle 36: Good-Practice-Beispiel „Altacher Dorfgespräche – Ich lebe in Altach, du lebst in Altach – reden wir miteinander!“

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.



Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung	
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	
1.	



Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung	
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	
2.	
3.	
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	
1.	
2.	
3.	
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	
1.	
2.	
3.	

Tabelle 37: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung“

Interkultureller Dialog in der Gemeinde

„Weder Einheimische noch Ausländer sind schuld, wenn es mit dem gegenseitigen Verstehen nicht klappt, sondern Missverständnisse und Vorurteile.“

Esra Yaralioglu (2012), Gymnasiastin und Gewinnerin des Salzburger Jugendredewettbewerbs



Abbildung 15: Vielfalt des kulturellen Lebens in der Gemeinde als Ressourcen erkennen (Nationenfest in der Marktgemeinde Neudau) (© Otto Trimmel)

5.2.6 Interkultureller Dialog in der Gemeinde

Aufnahme-, Integrations- und Pluralitätskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Vorurteile und Konflikte entstehen u. a. daraus, dass Menschen über das jeweilige „Andere“ häufig zu wenig Bescheid wissen. Integration braucht daher einen offenen Dialog über Besonderheiten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in kulturellen oder religiösen Belangen. Gegenseitiges Verstehen und wechselseitiger Respekt wird durch Austausch und Kommunikation gefördert. Dafür sind jedoch Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen und zum persönlichen Gespräch notwendig. Interkulturelle Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten können durch die Mitgliedschaft/Mitarbeit in Vereinen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt werden. Sie erleichtern Kontakt und Austausch. Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch seltener Mitglied in lokalen Vereinen, wie Feuerwehr oder Musikverein. Für nicht in offiziellen Vereinsstrukturen oder bürgerschaftlichen Vereinigungen organisierte Menschen sind die Möglichkeiten für interkulturelle Austauschmöglichkeiten nur schwach ausgeprägt. Ein offener, gesellschaftlicher Diskussionsprozess etwa über Werte, Möglichkeiten und Grenzen kultureller Entfaltung, das Verhältnis von Staat und Religion oder über die Stellung der Frauen ist erst ansatzweise vorhanden – das Interesse und der Bedarf danach sind jedoch groß (Winkler 2011, S. 19). Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation über Medien der Gemeinde (z. B. Gemeindezeitung, Gemeinde-Blog und -Facebookseite) und lokale/regionale Medien können Aufmerksamkeit schaffen, für das Thema „interkulturelles Zusammenleben“ sensibilisieren und mit Vorzeigebeispielen dieses in der Bevölkerung positiv besetzen. (Ethnische Kultur-)Vereine und Kirchen sind in den Verständigungsprozess einzubeziehen und können ihre „Mitglieder“ in den interkulturellen und interreligiösen Dialog einbeziehen und zur Mitwirkung daran mobilisieren. Der Austausch zwischen den lokal ansässigen Vereinen und den ethnischen Vereinen sowie zwischen den ethnischen Vereinen untereinander ist häufig nur gering ausgeprägt. Interkultureller Dialog in der Gemeinde bindet auch die Gemeinde und Gemeindeverwaltung selbst ein. Dialog erfordert wechselseitiges Verstehen. Dieses Verstehen ist auch am Gemeindeamt wichtig, wenn Behördenwege trotz Sprachbarrieren abgewickelt werden müssen. Durch persönliche Kontakte kann die Identifikation von Menschen mit Migrationshintergrund zur Gemeinde gefördert werden. Für die Entwicklung eines Zugehörigkeits- und Identifikationsgefühl eignet sich die Gemeindeebene am besten, da diese am nächsten bei den Menschen ist.

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für einen interkulturellen Austausch
- Bewusste sachliche Kommunikation und Information über integrationsrelevante Themen durch offizielle Medien der Gemeinde und politische Verantwortungsträger/innen
- Interkulturelle Begegnung am Gemeindeamt vereinfachen durch z. B. mehrsprachige Informationen und interkulturell ausgebildete Mitarbeiter/innen (Weiterbildungen ermöglichen)

Besondere Zielgruppen

- Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitiker/innen
- (Ethnische) Vereine und Kirche(n)

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Interkultureller Dialog ist ein wesentlicher Bestandteil von Gemeinwesenarbeit. Dabei sollen sich alle Mitglieder der Gesellschaft als aktive Gestalter/innen von Integration begreifen, sich einbringen und sich selbst als mitverantwortlich für ein gutes Zusammenleben verstehen. Gegenseitiges Kennenlernen hilft dabei, Vorurteile abzubauen und Konflikte bereits im Vorfeld erkennen zu können, aufzufangen bzw. konstruktiv zu bearbeiten. Handlungsanleitend für unsere Aktivitäten im Arbeitsfeld Inter-Kultur, Dialog und Gemeinde sind Grundwerte wie Respekt, Offenheit, Kritikfähigkeit, Antidiskriminierung, Antirassismus und Geschlechterdemokratie. Integration kann nur gelingen, wenn Dualität („hier“ versus „dort“) aufgebrochen wird und möglichst viele Akteurinnen und Akteure miteinander in Interaktion treten. Projekte wie „ZusammenReden“ verfolgen somit einen Ansatz des Miteinanders, was keineswegs eine „Multikulti-Idylle“ darstellt und auch Reibungsflächen mit sich bringt. Das heißt, dass auch kontroversielle Themen nicht ausgespart und Konflikte angesprochen werden sollen. Sowohl die so genannte Aufnahmegesellschaft als auch Menschen mit Migrationsvordergrund, -hintergrund und -erfahrung sind Teil einer postmigrantischen Gesellschaft, in der alle Individuen gleiche Entwicklungschancen besitzen sollten. Im Bewusstsein, dass politische und gesetzliche Rahmenbedingungen Migrantinnen und Migranten kulturalisieren, muss Inter-Kulturarbeit, und somit auch eine Dialogveranstaltung, den vorherrschenden kulturalisierenden Darstellungen von Lebenswelten entgegenwirken. Letztere umfassen Themenbereiche wie etwa Arbeit, Bildung, Geschlechterverhältnisse, Religion, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Alter, Nationalismus, Mehrsprachigkeit und Vieles mehr. Die Rolle von Missing Link, der Gemeinwesenabteilung der Caritas Wien in Niederösterreich (Asyl & Integration NÖ), sehen wir in der inhaltlichen Expertise und der organisatorischen Begleitung des gesamten Prozesses sowie in der Bereitstellung eines breiten Netzwerkes von Fachleuten, die im „ZusammenReden“ erprobt sind. Gemeinden, die Interesse an dieser bewährten und preisgekrönten Reihe haben, können sich gerne an uns wenden.“

(Mag.^a Mary Kreutzer, Leiterin Missing Link/Gemeinwesen, Asyl & Integration Niederösterreich, Caritas der Erzdiözese Wien)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.


Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Tabelle 38: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Interkultureller Dialog in der Gemeinde“

Good-Practice-Beispiele

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Wörgl, T.

Bevölkerung: 12.723 Einw., 3.168 Personen ausländischer Herkunft (24,9 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Türkinnen und Türken (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Mehrjährige Erfahrung, Integrationsarbeit ist mehrfach in Politik und Verwaltung verankert (Integrationsbeauftragter, politischer Ausschuss und Integrationszentrum)

Projekt: *Wörgler IntegrationsNetzwerk (WIN)*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Integrationszentrum Wörgl*

Kooperationspartner: in Kooperation mit Stadtgemeinde Wörgl, LEA Produktionsschule, Jugendteam Wörgl, Caritas Zentrum Wörgl, Tagungshaus Wörgl, verschiedene Schulen und viele weitere

Inhalt des Projekts:

In Wörgl treffen sich zweimal jährlich zahlreiche Institutionen wie Jugend-, Sozial- und Bildungseinrichtungen zu einem „Integrationsstammtisch“. Zweck der regelmäßigen Treffen ist der Informationsaustausch untereinander sowie die Förderung der Kooperation zwischen den einzelnen Institutionen. Diese Stammtische sollen auch den Rahmen bieten, um gemeinsam Projekte zu initiieren. Jährlich soll zumindest ein gemeinsames Projekt entwickelt werden. Durch die gemeinsamen Treffen sollen lokale und (über-)regionale zivilgesellschaftliche Netzwerke entstehen. Je nach spezifischem Thema des Sozialstammtisches werden auch externe Integrationsexpertinnen und -experten eingeladen (Integrationszentrum Wörgl 2012, S. 6).

Kosten: Personalkosten für die Organisation

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2012

Ansprechpersonen: DI Peter Warbanoff, Integrationsbeauftragter der Stadtgemeinde Wörgl und Kayahan Kaya, Geschäftsführer des Integrationszentrums Wörgl, Stadtgemeinde Wörgl

Tabelle 39: Good-Practice-Beispiel „Wörgler IntegrationsNetzwerk (WIN)“

i

Das Caritas Integrationsbüro Kirchdorf an der Krems führt in Kooperation mit der Gemeinde Pettenbach (OÖ) die „Integrationsvernetzungstreffen – Bezirk Kirchdorf“ durch. Ziel ist es, die aktiven Integrationsausschüsse, -beiräte und -vereine der Gemeinden des Bezirks eine Kennenlern'-Möglichkeit und Raum für Erfahrungsaustausch zu bieten. Jährlich wird ein anderer Themen-/ bzw. Arbeitsschwerpunkt gesetzt. Dadurch wird nicht nur Vernetzung gefördert, sondern die Gemeinden haben mit ihren Initiativen und Maßnahmen Vorbildwirkung und liefern Ideen für neue Projekte in weiteren Gemeinden.



Abbildung 16: Zusammenarbeiten, um Neues zu erarbeiten – durch das Wörgler IntegrationsNetzwerk (© vero-online.info)

Projekt: <i>Telfer Integrationspreis</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Marktgemeinde Telfs</i>
Kooperationspartner: –
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Die Marktgemeinde Telfs lobte im Jahr 2012 erstmalig nach Vorbild des Landes Vorarlberg den Telfer Integrationspreis aus, der an Organisationen und Einzelpersonen vergeben wird, die ehrenamtlich „Bemerkenswertes“ für die Integration in Telfs leisten. Mit dem Integrationspreis soll die positive Integrationsarbeit öffentlich anerkannt und ausgezeichnet werden. Die Projekte und Initiativen werden in drei Kategorien eingeteilt: Institutionen, Vereine und Einzelpersonen. Ausgezeichnet werden Projekte, die die gegenseitige Begegnung von Zugewanderten und Aufnahmebevölkerung fördern, sowie Initiativen, mit denen großer Einsatz für Menschen geleistet wird, die einen besonderen Förderbedarf haben. Die gewinnenden Institutionen und Vereine erhalten ein Preisgeld von 1.000 Euro. An Einzelpersonen wird die Ehre auszeichnung „Träger des Telfer Integrationspreises 2012“ verliehen (Heinz 2012b; Marktgemeinde Telfs, Integrationsausschuss 2012, S. 2). Durch diese Maßnahme kann v. a. über die Medien in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für den vielfältigen unentgeltlichen Einsatz der Zivilgesellschaft für ein gutes Miteinander und Zusammenleben geschaffen werden.</p>
Kosten: 2.000 Euro + Personalaufwand für Koordination und Durchführung
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: ab 2012
Ansprechperson: Mag. Ewald Heinz, Integrationsbeauftragter, Marktgemeinde Telfs

Tabelle 40: Good-Practice-Beispiel „Telfer Integrationspreis“



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Marktgemeinde Grödig, Sbg.

Bevölkerung: 7.008 Einw., 1.487 Personen ausländischer Herkunft (21,2 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien), insbes. Mazedonien (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2010

Projekt: *gemeinsam aufgetischt*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Marktgemeinde Grödig*

Kooperationspartner: in Kooperation mit AVOS Arbeitskreis für Vorsorgemedizin, Islamischer Kultur- und Sportverein Ihlas, Fonds Gesundes Österreich, Bundesministerium für Gesundheit, Gesundheit Österreich, Salzburger Kinderfreunde

Inhalt des Projekts:

Im Ortsteil Grödig leben die meisten Menschen mit Migrationshintergrund. Obwohl die Menschen mit Migrationshintergrund (der Großteil stammt aus Mazedonien) bereits in der zweiten oder dritten Generation in Grödig leben und viele inzwischen zu österreichischen Staatsbürgerinnen und -bürgern geworden sind, werden sie häufig noch als „die Ausländer“ angesehen. Aufgrund mangelnden Voneinander-Wissens, sowohl seitens der langansässigen Grödiger/innen als auch der zugezogenen Bevölkerung, bestehen Vorurteile, was in Konflikten mündet. Um den gemeinsamen Dialog zu fördern, organisiert die Bürgerservicestelle der Marktgemeinde Grödig in Kooperation mit dem ortsansässigen islamischen Kultur- und Sportverein Frühstückstreffen unter dem Slogan „gemeinsam aufgetischt“. Diese finden sonntags am Vormittag statt und stehen jeweils unter einem anderen Länderschwerpunkt. Neben länderspezifischer Kulinarik wird auch das jeweilige Land vorgestellt. Das gemeinsame Frühstück und Brunchen soll zum gegenseitigen Kennenlernen beitragen und helfen, miteinander ins Gespräch zu kommen (Bezirksblätter Salzburg 2012). An den ersten beiden interkulturellen Frühstückstreffen, die auch von der alteingesessenen Grödiger Bevölkerung sehr gut angenommen wurden, haben rund 80 Menschen teilgenommen. Die Frühstücksserie, die mit Kinderbetreuung (organisiert von den Salzburger Kinderfreunden) angeboten wird, findet im Gemeindeamt-Sitzungssaal statt (Weissenbacher 2012). Dadurch wird den Menschen mit Migrationshintergrund auch ein Kennenlernen der öffentlichen Verwaltung und ein informeller Zugang zum Gemeindeamt ermöglicht.

Kosten: pro Frühstück ca. 500 Euro

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2011

Ansprechperson: Elisabeth Weissenbacher, Leiterin des Bürgerservices, Marktgemeinde Grödig

Tabelle 41: Good-Practice-Beispiel „gemeinsam aufgetischt“

<p>Projekt: <i>ZusammenReden – Niederösterreichische Integrationsgespräche 2011</i></p>
<p>Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich, Gemeinwesenabteilung Missing Link</i></p>
<p>Kooperationspartner 2011: in Kooperation mit den Gemeinden Ebreichsdorf, Gloggnitz, Guntramsdorf, Korneuburg, Neunkirchen, Ternitz, Traiskirchen und Tulln (2013 werden es folgende Gemeinden sein: Amstetten, Baden, Guntramsdorf, Korneuburg, Krems, Neunkirchen, St. Andrä-Wördern und Wiener Neustadt)</p>
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Von der Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich, wird seit 2009 in mehreren niederösterreichischen Gemeinden des Wein- und Industrieviertels die interkulturelle Dialogreihe „ZusammenReden“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, dass Gemeindebewohner/innen mit und ohne Migrationshintergrund mit lokalen und externen Expertinnen und Experten aus dem Integrationsbereich auf Grundlage gut vorbereiteter und sachlicher Inhalte zu integrationsrelevanten Themen wie Bildung, Jugendarbeit, Wohnen, Arbeit, Religion, Geschlechterverhältnisse oder Nationalismus öffentlich und in ungezwungener Atmosphäre unter inhaltlicher Moderation diskutieren. Auch der informelle Austausch im Anschluss an die offizielle Diskussionsrunde soll bei musikalischer und/oder kulinarischer Umrahmung nicht zu kurz kommen. Durch dieses Projekt sollen das Bewusstsein für Migration und Integration in der Bevölkerung erhöht, Begegnung und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und ein Beitrag zu einem respektvollen Zusammenleben geleistet werden. In die Dialogreihe werden sämtliche Sektoren der Zivilgesellschaft eingebunden, wie Pfarren, Migrantenvereine, Schulen oder Jugendzentren. Begleitet wird die Diskussionsreihe durch intensive Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Informationen sind unter der Projekthomepage www.zusammenreden.net zu finden. Das Projekt beweist Nachhaltigkeit dadurch, dass bereits durch das Folgeprojekt „ZusammenReden macht Schule“ (2012), das in Hauptschulen und Neuen Mittelschulen Niederösterreichs entstanden ist, die beteiligten Gemeinden Kontakte zu integrationsrelevanten Akteurinnen und Akteuren knüpfen konnten, Ausgangspunkte für neue Ideen und Integrationsprojekte geschaffen wurden und, nach Rückmeldung der Gemeinden, die Stimmung zu Integrationsthemen in der Gemeinde positiv beeinflusst werden konnte. Das Projekt wurde bereits bei einem internationalen Symposium in den USA und auf einer Konferenz in Island als Best-Practice-Projekt vorgestellt (Caritas Wien, Asyl & Integration Niederösterreich 2011, o. S.). Im Jahr 2012 hat „ZusammenReden“ zwei Auszeichnungen erhalten (2. Platz des Meilenstein-Dr.-Erwin Pröll-Zukunftspreises für die „ZusammenReden-Integrationsgespräche in Niederösterreich 2011“ und den 2. Platz beim EDUcation-Award gemeinsam mit der Medien-</p>

<p>mittelschule Neunkirchen für das Projekt „ZusammenReden macht Schule 2012“). Für 2014 ist das Folgeprojekt „ZusammenReden macht Berufsschule“ in Planung (Kreutzer 2012).</p>
<p>Kosten (2011): Kosten pro Gemeinde: 1.600 Euro, Land Niederösterreich: 16.600 Euro, Europäischer Integrationsfonds und BM.I: 74.900 Euro, Eigenmittel der Caritas Wien</p>
<p>Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2011</p>
<p>Ansprechperson: Mag.^a Mary Kreutzer, Leiterin Missing Link/Gemeinwesen, Asyl & Integration Niederösterreich, Caritas Wien</p>

Table 42: Good-Practice-Beispiel „ZusammenReden – Niederösterreichische Integrationsgespräche 2011“



Abbildung 17: Miteinander über Integration reden und Netzwerke schaffen – durch das WIN Wörgl (© vero-online.info)

<p>Projekt: <i>Fest der Nationen</i></p>
<p>Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Rotes Kreuz, Ortsstelle Neudau</i></p>
<p>Kooperationspartner: in Kooperation mit Integrationszentrum der Lebenshilfe Hartberg in Neudau, Marktgemeinde Neudau</p>
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Ortsstelle Neudau des Roten Kreuzes und des 10-jährigen Bestehens des Lebenshilfe-Integrationszentrums wurde unter Federführung der Ortsstelle des Roten Kreuzes ein zweitägiges Fest der Nationen am Hauptplatz der Gemeinde veranstaltet. Mit diesem Fest sollte nicht nur die Arbeit der beiden Institutionen gefeiert, sondern auch ein Fest der an Nationen und Religionen vielfältigen Bevölkerung von Neudau geboten werden. Das Fest sollte die langjährige gelebte In-</p>

tegration, das Miteinander und das Kennenlernen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und das Leben mit geistig- und mehrfachbehinderten Menschen fördern und stärken. Um langansässige und zugezogene Neudauer/innen gleichermaßen anzusprechen und damit sich alle gleichermaßen willkommen und angenommen fühlen, wurden Musik- und Tanzeinlagen organisiert, die von Volksmusik, über rumänische Musik bis zu afrikanischer und orientalischer Musik reichten. Durch die Einbindung des Kindergartens und der Volksschule sollten auch die Eltern angeregt werden (die möglicherweise eher selten gesellschaftliche Feste z. T. aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten besuchen), teilzunehmen. Der interreligiöse Gedanke wurde durch einen ökumenischen Gottesdienst betont. Das Fest war sehr gut besucht, sowohl von Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund (Pickl 2012). Die Veranstaltung dieses Festes zeigt, wie auch unterjährig oder bei besonderen Anlässen Interkulturalität mitberücksichtigt werden kann.

Kosten: 2.000 Euro (Marktgemeinde Neudau), 5.000 Euro (Land Steiermark), Rest: Rotes Kreuz, Ortsstelle Neudau, und Integrationszentrum der Lebenshilfe Hartberg in Neudau

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2010

Ansprechperson: Margit Pickl, Ortsstellenleiterin des Roten Kreuzes der Ortsstelle Neudau

Tabelle 43: Good-Practice-Beispiel „Fest der Nationen“



Abbildung 18: Zusammen Musizieren ist Kommunikation ohne Worte (Nationenfest in Neudau) (© Otto Trimmel)

Projekt: *Islamischer Friedhof Altach*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Land Vorarlberg, Gemeindeverband, Islamische Gemeinschaften Vorarlbergs, Gemeinde Altach*

Kooperationspartner: siehe oben

Inhalt des Projekts:

Ehemalige Gastarbeiter/innen leben teilweise schon in der dritten Generation in Österreich. Immer mehr möchten daher auch in Österreich beerdigt werden. Bislang wurden muslimische Verstorbene meist zur Beerdigung in ihr Herkunftsland überführt (Rumpold 2012). Im Herbst 2003 wurde die „Initiativgruppe Islamischer Friedhof“ von den in Vorarlberg tätigen islamischen Vereinen und dem Institut für interkulturelle Angelegenheiten (INKA) gegründet, nachdem der Bedarf für und die Forderung der islamischen Bevölkerung und der islamischen Glaubensvertreter in Vorarlberg nach einer rituell korrekten Beerdigung immer stärker wurden. 2004 reichte die Initiativegruppe den Antrag auf Errichtung eines islamischen Friedhofs bei der Vorarlberger Landesregierung ein. Im Antrag wurde darauf hingewiesen, dass die Muslime in Vorarlberg nach rund 40 Jahren Leben und Arbeit in Vorarlberg das Bedürfnis und Recht haben, dem eigenen Glauben entsprechenden begraben zu werden. Der Bedarf der Muslime in Vorarlberg nach einer rituell korrekten Bestattung und Begräbnisstätte wurde im Rahmen des Integrationsleitbildprozesses der Stadtgemeinde Dornbirn im Jahr 2002 bereits erhoben (Dörler 2004, S. 16f). Vom Gemeindeverband wurde 2004 der Arbeitskreis „Eine Begräbnisstätte für Muslime in Vorarlberg“ initiiert. Danach begann die Suche nach einem geeigneten Grundstück, und ein Aufruf an die Vorarlberger Gemeinden wurde gestartet.

Die Gemeinde Altach meldete sich und verkaufte zum Zweck der Errichtung eines islamischen Friedhofs ein Grundstück an den Gemeindeverband. Der Friedhof wurde von der Gemeinde Altach im Baurechtswegeverfahren errichtet. Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet. Parallel fanden laufend Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Information der Bürger/innen und der politisch Verantwortlichen statt. Im Juni 2012 wurde in Altach der zweite islamische Friedhof in Österreich eröffnet. Dieser wurde nach den Regeln der islamischen Religion errichtet und verfügt über einen Aufbahrungsraum, einen Raum für die rituelle Waschung, einen Gebetsraum und einen Bereich für die Verabschiedung der Toten. Da es nicht sinnvoll und möglich für jede Gemeinde ist einen eigenen islamischen Friedhof zu errichten, war die Durchführung dieses Vorhabens als Gemeindekooperationsprojekt notwendig (Rumpold 2012; okay.zusammen leben 2012). Für den Betrieb des Friedhofes ist die Gemeinde Altach im Rahmen ihres eigenen Wirkungsbereichs als Selbstverwaltungsaufgabe zuständig.

Kosten: Land Vorarlberg (Bau- und Betriebskosten) und Islamische Gemeinschaften

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend; Errichtung: 2003–2012

Ansprechperson: Bgm. Gottfried Brändle, Gemeinde Altach und Dr.ⁱⁿ Eva Grabherr, okay.zusammen leben, Dornbirn

Table 44: Good-Practice-Beispiel „Islamischer Friedhof Altach“



Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Völkermarkt, Ktn.

Bevölkerung: 11.109 Einw., 995 Personen ausländischer Herkunft (9,0 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2010

Projekt: *Interkulturelles Zentrum Völkermarkt*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Institut für Arbeitsmigration (IAM)*

Kooperationspartner: in Kooperation mit Stadtgemeinde Völkermarkt, BFI Kärnten, Land Kärnten, Gesundheitsland Kärnten

Inhalt des Projekts:

Ausgangspunkt des Projekts waren interkulturelle Kochveranstaltungen, die in einem Biobauernhof stattgefunden haben und sich im Laufe der Zeit zu interkulturellen Frühstücken weiterentwickelt haben, die in der Mediathek der Stadtgemeinde Wolfsberg abgehalten wurden. Diese fanden regelmäßig seit dem Jahr 2010 statt. Da Völkermarkt und Umgebung keine Deutschkursangebote hatte, wurden Möglichkeiten für ein Kennenlernen, für Konversation und für interkulturelle Treffen, um Ängste abzubauen, gesucht. Bei den Kochveranstaltungen nahmen zunächst 30 bis 40 Personen (Menschen mit und ohne Migrationshintergrund) teil. Die interkulturellen Frühstücke besuchten pro Termin rund 100 Personen, was auch den Bedarf an diesem Angebot widerspiegelt. Auch der Bürgermeister und Gemeinderätinnen und -räte nahmen an den interkulturellen Frühstücken teil, was die Befürwortung und Wertschätzung des Projekts durch die politischen Gemeindeverantwortlichen ausdrückt. Die Raumkosten wurden von der Stadtgemeinde übernommen. Die gute Annahme des Projekts konnte durch persönliche Ansprache von Kontaktpersonen unter Zugewanderten und den langansässigen Völkermarkterinnen und Völkermarktern erreicht werden. Da das Institut für Arbeitsmigration bereits gute Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund hatte, konnte schnell ein Kreis an Interessierten für die interkulturellen Veranstaltungen aufgebaut werden. Da die ersten Treffen im Biobauernhof stattfanden, konnten mittels persönlicher Ansprache und weiterer Mundpropaganda auch die langansässige Gemeindebevölkerung auf dieses Angebot aufmerksam gemacht und dafür gewonnen werden. Die interkulturelle Frühstücksreihe wurde ehrenamtlich durchgeführt. Aufgrund Mangels an zeitlichen Ressourcen bei den koordinierenden Veranstalterinnen wurde die interkulturelle Frühstücksreihe eingestellt. Die Teilnehmer/innen mit Migrationshintergrund äußerten jedoch den Wunsch, dass ein Raum geschaffen wird, wo weiterer Austausch möglich ist und wo es die Möglichkeit gibt, gemeinsam zukünftige Projekte und Veranstaltungen zu planen. Daraus entstand die Idee, ein interkulturelles Zentrum zu gründen. Dieses Zentrum wurde im Oktober 2012 offiziell eröffnet, befindet sich derzeit in der Aufbauphase

und ist Teil des übergeordneten kärntenweiten Dachprojekts „interkulturelle Drehscheibe“. Künftig sollen im Rahmen des interkulturellen Zentrums Info-Cafés stattfinden, wo zu verschiedenen Themen informiert wird (z. B. „Bräuche in Kärnten“, Vorstellung des Frauengesundheitszentrums Villach). Die Stadtgemeinde Völkermarkt ist im Rahmen der Aktion „Gesunde Gemeinde“ Kooperationspartner dieser Initiative. Zu den Veranstaltungen wird schriftlich über die Teilnehmer/innen der interkulturellen Frühstücksreihe, über den Veranstaltungskalender der Stadtgemeinde, über die ortsansässigen Vereine, über die Arbeitskreisleiter/innen der „Gesunden Gemeinde Völkermarkt“ sowie über die regionalen Zeitungen eingeladen. Dadurch kann ein hoher Verbreitungsgrad erreicht werden (Pircer 2012).

Kosten: Büroassistenten und Räumlichkeiten (Land Kärnten, bis Ende Dezember 2012; danach Finanzierung der Infrastrukturkosten über andere Fördermöglichkeiten)

Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2012

Ansprechperson: Evelin Pircer, Koordinatorin des Projekts und Beraterin beim Institut für Arbeitsmigration, Klagenfurt

Tabella 45: Good-Practice-Beispiel „Interkulturelles Zentrum Völkermarkt“



Abbildung 19: Interkultureller Austausch in Völkermarkt (© Evelin Pircer)

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.

Interkultureller Dialog	
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	
1.	
2.	
3.	
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	
1.	
2.	
3.	
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	
1.	
2.	
3.	



Tabelle 46: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Interkultureller Dialog in der Gemeinde“

Sport und Freizeit

„Wie die Musik ist der Sport etwas Universelles, das ungeachtet aller sozialen, ethnischen und religiösen Unterschiede global verstanden wird. Nicht nur der Sport, sondern auch seine Werte sind universell.“

Jacques Rogge (2006),
Präsident des International Olympic Committee



Abbildung 20: Sport verbindet (© Andreas Gradin, Shutterstock.com)

5.2.7 Sport und Freizeit

Aufnahme- und Integrationskompetenz

Gegenstand und Herausforderungen

Das Themenfeld „Sport und Freizeit“ umfasst auch die Themenbereiche Jugendarbeit, Frauen, Seniorinnen und Senioren sowie Vereinsarbeit.

Dem Sport wird in der Gesellschaft ein hoher Stellenwert beigemessen. Er kann zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten. Sport fördert den friedlichen Wettkampf, misst die Sportausübenden an ihren Leistungen und ermöglicht das Kennenlernen von Sportlerinnen und Sportlern unterschiedlicher Herkunft und Kultur (Schallaböck 2008, S. 12). Sport kann grundsätzlich individuell oder organisiert in Vereinen ausgeübt werden. Letzteres kann Zugehörigkeit schaffen, gleichberechtigte Teilhabe und Konfliktfähigkeit vermitteln (Gieß-Stüber 2006, S. 25). Eine Herausforderung liegt daher in der stärkeren Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im organisierten Breitensport (Rößlhuber 2011, S. 22). Die regelmäßige organisierte Sportausübung übt bspw. auch eine gesundheitspräventive Wirkung aus und bietet speziell für Jugendliche und junge Erwachsene einen Platz für die Entwicklung von Sozialkompetenz. Durch Sport können soziale und sportliche Barrieren überwunden werden, da Kommunikationsprozesse größtenteils nonverbal ablaufen und Begegnungsmöglichkeiten für interethnischen Kontakt, Austausch und persönliche Beziehungen geschaffen werden (Hutter/Perchinig 2008, S. 153). Doch auch Deutschkenntnisse können durch die gemeinsame Sportausübung einfacher erworben und verbessert werden. Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund sollten beim Thema „Sport“ besonders in den Blickpunkt genommen werden, da sie weniger häufig in Sportvereinen vertreten sind und bedingt durch religiöse Vorschriften, eine gemeinsame Sportausübung mit Männern oder unbegleitet nicht möglich sein kann. Die gesundheitspräventive Wirkung von Sport sollte stärker kommuniziert und der Zugang zu sportlicher Betätigung erleichtert werden (z. B. hinsichtlich der Kosten der Sportausübung wie Mitgliedsgebühren in Sportvereinen und für Sportausrüstung, Angebote von frauenspezifischen sportlichen Aktivitäten wie Frauenschwimmen).

Die Gestaltung der Freizeit hängt nicht nur von den Interessenlagen ab, sondern auch von den zur Verfügung stehenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Diese können insbesondere in sozial schwächeren Haushalten, Alleinerzieher/innen-Haushalten oder Haushalten mit Migrationshintergrund durch das geringere Haushaltseinkommen oder durch die Belastung durch Mehrfach-Jobs eingeschränkt sein. Die Nicht-Teilnahme an Veranstaltungen und das scheinbar mangelnde Interesse, sich in die Gesellschaft einzubringen, können in den schwierigeren Rahmen- und Lebensbedingungen begründet sein und sollten bei der Durchführung von Initiativen beachtet werden. Vereine tragen in Gemeinden häufig den Großteil des sozialen Lebens, indem sie bspw. Feste veranstalten, Ausflüge organisieren, Theateraufführungen durchführen, Freizeit- und Sportaktivitäten (von der Kegelrunde bis zum Radrennen für Jugendliche oder Kinderfußballturniere) für alle Altersgruppen bieten oder Sozial- und Sicherheits-Dienstleistungen anbieten (z. B. Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz).

Vereine können die soziale Integration von Neu-Ankömmlingen in der Gemeinde fördern. Dabei ist es wichtig, dass die einzelnen Vereine ihre Offenheit für Neuzutritte hinterfragen und sich mögliche Zutrittsbarrieren bewusst machen (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2010, o. S.).

Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden

- Organisation von Festen und Veranstaltungen, die ein Kennenlernen und einen gegenseitigen Austausch ermöglichen
- Ansprechpersonen in den Vereinen finden, die als „Brückenbauer/innen“ wirken können
- Öffentliche Anerkennung von Vereinen, die Menschen mit Migrationshintergrund in das Vereinsleben aktiv integrieren
- Genügend öffentliche Plätze ohne Konsumzwang schaffen und dabei auf unterschiedliche Bedürfnisse der Bevölkerung achten (z. B. Spiel- und Sportplätze, Grillplätze, Parks)
- Freizeit- und Sportmöglichkeiten insbesondere für Mädchen/Frauen und Seniorinnen und Senioren anbieten
- Jugendarbeit fördern, die besondere Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und die interkulturelle Verständigung unterstützt

Besondere Zielgruppen

- Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Jugendliche, Mädchen/Frauen sowie Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund
- Vereinsvorstände und -sprecher/innen

Impulsstatement – Bedeutung des Handlungsfelds für Gemeinden

„Zugewanderte und so genannte Altansässige haben sich in eine Gesellschaft zu integrieren, die selbst Teil eines globalen Integrationsprozesses ist. Jede/r Einzelne ist laufend vor die Herausforderung gestellt, sich darin immer wieder neu zu orientieren und zu integrieren. In diesem vielbeschworenen „zweiseitigen Prozess“ der Integration, der im Wesentlichen ein asymmetrischer ist (Volf/Bauböck 2001, S. 14), bestehen unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten: einer staatlichen Gestaltungsmacht (Bund, Länder, Gemeinden in unterschiedlicher Ausprägung) stehen begrenzte, individuelle und partizipative Möglichkeiten von Zuwanderinnen und Zuwanderern und autochthonen Bevölkerungsteilen gegenüber. Gemeinden bieten eine Reihe von Kommunikationsschnittpunkten dieser beiden Gruppen. Der Vereinsarbeit kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Eine strategisch geplante Einbindung von Vereinen in Integrationsaktivitäten kann daher einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen und sozialen Diversität in der Gemeinde leisten.

Auf dieser Mikroebene treffen wir im Alltag oft auf eine kategorisierende Wahrnehmung einer Person als „Migrant/in“ bzw. als „Alteingesessene/r“, die konkrete Potenziale, die diese als Individuen der Gesellschaft bzw. der Gemeinschaft anzubieten haben, abstrahiert. Erst die Überwindung dieser Kategorisierung erlaubt es, die Vielfalt einer Gemeinde als Bereicherung zu deuten und über die Grenzen der eigenen sozialen Gruppe hinweg auf andere

zuzugehen, um so über die gemeinsame Gestaltung der Kommunikationsräume, die eine Gemeinde bietet, neue Erfahrungshorizonte (z. B. Abbau von Vorurteilen) zu ermöglichen. Gespräche mit Gemeindeverantwortlichen – angeführt sei hier die Befragung oberösterreichischer Bürgermeister/innen im Rahmen des Integrationsleitbildprozesses – zeigen deutlich, dass diese Kommunikationsräume seitens der Gemeinden vor allem im Freizeitbereich gesehen werden. Ein wesentlicher Handlungsspielraum der Gemeinden liegt hierbei im Kontakt mit gemeindenahen Institutionen (Vereinen), in der Bereitstellung von Infrastruktur und Unterstützung von Aktivitäten durch Förderungen. In der Kommunikation mit Vereinen und Institutionen der Gemeinde ist darauf hinzuwirken, dass die Angebote im Freizeitbereich (Sport, Bewegung, Kultur, Bildung, Kreativität etc.) möglichst vielfältig (von gemeinsamem Walken, Yoga oder Hip Hop über Kinoabende, Vorträge bis hin zu Theatergruppen, Malkursen etc.) und auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtet (Seniorinnen und Senioren, Jugend, Mädchen bzw. Frauen) gestaltet werden. Diesbezügliche Impulse sollten an alle bestehende Vereine gerichtet werden, die in dem Handlungsfeld „Sport und Freizeit“ aktiv sind (sowohl migrantische Vereine als auch Vereine, die bisher nur die autochthone Bevölkerung angesprochen haben), um einerseits eine Kommunikationsbasis zwischen diesen Vereinen zu etablieren und um sie andererseits zu gemeinsamen Veranstaltungen anzuregen.

Besonders Bedacht genommen sollte dabei auf sozial benachteiligte Gruppen sowie jene Personengruppen werden, die auf Grund eingeschränkter Mobilität in ihrer Freizeitgestaltung begrenzt sind und durch ihre Involvierung in Vereinsaktivitäten ihre Handlungsspielräume erweitern können. In diesem Zusammenhang kommt einer kultur- und gendersensiblen Gestaltung der Angebote und einer auf die Zielgruppen abgestimmten Informationspolitik, die die Erreichung aller anzusprechenden Gruppen sicherstellt, besondere Bedeutung zu. Auf der Infrastrukturebene ist die Bereitstellung von öffentlichen, frei zugänglichen Sport- und Erholungsstätten (Parks, Sportplätze etc.) zu thematisieren. Bei bestehenden Flächen (etwa Sportstätten von Schulen und Vereinen) sollte überlegt werden, ob und wie diese für alle nutzbar gemacht werden können, damit eine zielgruppengerechte Nutzung („Generationenparks“, „Mädchenzonen“ etc.) ermöglicht werden kann und keine Zielgruppe ausgeschlossen wird (Barrierefreiheit).

Eine Verknüpfung von Vereinsförderungen mit der interkulturellen Ausrichtung der Vereinsorganisation und den Vereinsaktivitäten würde den Gestaltungsspielraum von Gemeinden erweitern und so auf lange Sicht dazu beitragen, über eine gemeinsame Gestaltung von Sport und Freizeitaktivitäten ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt zu erreichen, das als selbstverständlich gesehen und praktiziert wird.“

(Mag. Franjo Steiner, Bereichsleitung „Integration“, Interkulturelles Zentrum, Wien)

Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde die Herausforderungen, Ziele und Zielgruppen in diesem Handlungsfeld darzustellen sowie den erwarteten Mehrwert der Gestaltung anzuführen.


Herausforderungen	1.	2.	3. 
Ziele	1.	2.	3.
Zielgruppen	1.	2.	3.
Mehrwert	1.	2.	3.

Tabelle 47: Arbeitsbereich für Gemeinden – Einen Blick auf die eigene Gemeinde werfen, Handlungsfeld „Sport und Freizeit“

Good-Practice-Beispiele

Gemeinde-Steckbrief

Gemeinde: Stadtgemeinde Tulln, NÖ

Bevölkerung: 15.198 Einw., 2.697 Personen ausländischer Herkunft (17,7 %), größte Gruppe unter Personen ausländischer Herkunft: Staatsangehörige des ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien) (Statistik Austria 2012, Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten)

Erfahrung in der Integrationsarbeit: Verstärkt aktiv seit dem Jahr 2010, u. a. mit eigenem politischen Ressort für Integration



Projekt: *Tullner Frauen aus aller Welt*

Durchführende Gemeinde/Organisation: *Stadtgemeinde Tulln*

Kooperationspartner: –

Inhalt des Projekts:

In Tulln wohnhafte Frauen wurden eingeladen, sich und ihr Herkunftsland im Rahmen von Ausstellungen vorzustellen. Bei der ersten Ausstellung informierten die „Tullner Frauen“ in Form von kurzen Texten darüber, wie und warum sie nach Tulln gekommen

sind. Diese Texte wurden gemeinsam mit den Fotos der Frauen und einer Kurzinformation zu ihrem Herkunftsland ausgestellt. Für die zweite Ausstellung erhielten die Frauen die Vorgabe, die Kultur ihres Herkunftslands anhand von Künstlerinnen und Künstlern oder Gegenständen, die ihnen wichtig erschienen, zu präsentieren (Schimek 2012).
Kosten: ca. 10.000 Euro pro Ausstellung
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2010–2011
Ansprechperson: VBgm. Mag. ^a Susanne Schimek, Stadträtin für Kultur, Bildung und Integration, Stadtgemeinde Tulln

Tabelle 48: Good-Practice-Beispiel „Tullner Frauen aus aller Welt“

Projekt: <i>Natürlich.Gemeinsam</i> und <i>Kultouren</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Integrationszentrum Wörgl</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit Vereinen (wie Sportvereine, Frauentreff, Migrantenvereine, Heimatmuseum) und Bildungseinrichtungen
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Um gegenseitige Vorurteile und ablehnende Haltungen abzubauen, braucht es Räume der Begegnung und des Kennenlernens. Durch gemeinsame Ausflüge zu interessanten Orten in Wörgl und Umgebung (z. B. Heimatmuseum, Almgebiete) sollen Kontakte zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geknüpft werden. Die Ausflüge werden vom Integrationszentrum für jeweils bestimmte Zielgruppen organisiert, z. B. für Jugendliche oder ein anderes Mal für Seniorinnen und Senioren. Ziel ist es in weiterer Folge, dass die gemeinsamen Ausflüge von den Teilnehmenden selbst bzw. von den örtlichen Vereinen weiterorganisiert werden (Integrationszentrum Wörgl 2012, S. 16; Warbanoff 2012).</p> <p>Ein ähnliches Projekt sind die Wörgler „Kultouren“. Das Integrationszentrum Wörgl organisierte im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen und ortsansässigen Organisationen Wanderungen zu Sehenswürdigkeiten und bedeutenden Örtlichkeiten im Stadtgebiet von Wörgl und Umland. Es werden Routen gewählt, die die Wörgler Geschichte und regionale Kultur näher bringen sollten, oder es ermöglichen, die jeweils „andere“ Kultur mit ihren Vertreterinnen und Vertretern, Lebenswelten und Einrichtungen (z. B. Moscheen oder Migrantenvereine) kennen zu lernen (Integrationszentrum Wörgl 2011, o. S.).</p>
Kosten: 100 Euro für Öffentlichkeitsarbeit („Natürlich.Gemeinsam“), Personalkosten für Organisation
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: 2012 bzw. Kultouren: 2011

Ansprechpersonen: DI Peter Warbanoff, Integrationsbeauftragter der Stadtgemeinde Wörgl, und Kayahan Kaya, Geschäftsführer des Integrationszentrums Wörgl, Stadtgemeinde Wörgl

Table 49: Good-Practice-Beispiel „Natürlich.Gemeinsam und Kultouren“

Projekt: <i>Jugendarbeit – Mädchencafé und FairPlay</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>EXIT – Jugendberatung Tullnerfeld</i>
Kooperationspartner: –
<p>Inhalt des Projekts:</p> <p>Der Jugendwohlfahrtsverein „EXIT – Jugendberatung Tullnerfeld“, der hauptsächlich von der Stadtgemeinde Tulln sowie vom Land Niederösterreich finanziert wird, arbeitet in zwei Bereichen: Jugendberatung und mobile Jugendarbeit/Streetwork. Im Rahmen der mobilen Jugendarbeit nehmen sich die Streetworker verstärkt der Integrationsarbeit an. Zwei der regelmäßig stattfindenden Integrationsaktivitäten sind (Schimek 2012):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mädchencafé Jeden Freitag wird von EXIT ein Mädchencafé organisiert, bei dem versucht wird, insbesondere Mädchen aus dem islamischen Kulturkreis zu involvieren, ihnen einen offiziellen Ort des Treffens und Austausches zu geben und andererseits so mit ihnen Kontakt aufzubauen. • FairPlay – multikulturelle Fußballspiele Hierbei geht es vor allem um Antirassismus-Aktivitäten bei Fußballspielen und den aktiven Einbezug von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Fußballsport.
Kosten: ca. 150.000 Euro pro Jahr für EXIT gesamt; Projektkosten unterschiedlich
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: laufend
Ansprechperson: VBgm. Mag. ^a Susanne Schimek, Stadträtin für Kultur, Bildung und Integration, Stadtgemeinde Tulln

Table 50: Good-Practice-Beispiel „Jugendarbeit – Mädchencafé und FairPlay“



Abbildung 21: Räume schaffen, wo Mädchen unter sich sein können (© Österreichisches Rotes Kreuz/projektXchange)

Projekt: <i>Kirchdorf kocht interkulturell auf</i>
Durchführende Gemeinde/Organisation: <i>Caritas-Integrationsbüro Kirchdorf an der Krems</i>
Kooperationspartner: in Kooperation mit: Integrationsbeirat Kirchdorf, Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems
Inhalt des Projekts: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kochen gemeinsam unter Anleitung einer Hauptköchin Speisen aus den unterschiedlichen Ländern, aus denen die Köchinnen und Köche stammen. Im Vordergrund steht der Spaß am gemeinsamen Kochen und Essen. Dieser Rahmen bietet darüber hinaus die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre andere Menschen kennen zu lernen und mehr über Kultur und Gepflogenheiten in anderen Ländern zu erfahren. Die Teilnehmer/innen erhalten Einblick in die kulinarische und kulturelle Vielfalt von Kirchdorf und fördern dadurch den gegenseitigen respektvollen Umgang miteinander. Diese Initiative wird sehr gut angenommen und findet Nachahmung in anderen Nachbargemeinden (Horcicka 2012; Dzafic 2012).
Kosten: Kosten für Lebensmittel (Gemeinde)
Dauer der Maßnahme, Laufzeit: seit 2009
Ansprechperson: Mag. Franz Horcicka, Vorsitzender des Integrationsbeirats, Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems, Mag. ^a Sanela Dzafic, Caritas-Integrationsbüro Kirchdorf an der Krems

Tabelle 51: Good-Practice-Beispiel „Kirchdorf kocht interkulturell auf“



Abbildung 22: Kirchdorf kocht interkulturell auf – dieses Mal südamerikanisch (© Caritas-Integrationsbüro Kirchdorf)

Handlungsansätze für meine Gemeinde

Gemeinden haben in diesem Abschnitt die Möglichkeit, selbst für ihre Gemeinde nächste integrationsfördernde Schritte bzw. Maßnahmen für dieses Handlungsfeld abzuleiten.



Sport	Freizeit
Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)	Kurzfristig (in den nächsten 1–2 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.



Sport	Freizeit
Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)	Mittelfristig (in den nächsten 3–5 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.
Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)	Langfristig (in den nächsten 5–10 Jahren)
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Tabelle 52: Arbeitsbereich für Gemeinden – Handlungsansätze für meine Gemeinde, Handlungsfeld „Sport und Freizeit“

5.3 Tipps und Erfahrungen aus der Gemeindepraxis

Im Rahmen der persönlichen Gespräche und Interviews, die im Zuge der Recherche und Erhebung der Good-Practice-Beispiele geführt wurden, wurde einerseits häufig von den Gemeindevertreterinnen und -vertretern – insbesondere der kleineren Gemeinden – darauf hingewiesen, dass das Zusammenleben in ihrer Gemeinde gut funktioniere. Auf die Nachfrage, warum dies so sei bzw. welche Tipps sie anderen Gemeinden geben könnten, brachten sie dafür einige Beispiele, wie sie ohne die Durchführung von Sondermaßnahmen versuchen, Menschen mit Migrationshintergrund in das Alltagsleben der Gemeinde einzubinden. Andererseits haben sich auch Beispiele herauskristallisiert, die zeigen, dass trotz guter Intention bei der Maßnahmenumsetzung Schwierigkeiten auftreten können oder diese von den Bürgerinnen und Bürgern anders aufgenommen werden als beabsichtigt und nicht die gewünschte Wirkung eintritt. Wichtig ist in solchen Fällen, nicht frühzeitig aufzugeben, sondern nach möglichen Ursachen dafür zu suchen. Nachfolgend werden exemplarisch Beispiele dargestellt, wie Integration gelingen kann bzw. welche Probleme bei der Durchführung von Integrationsmaßnahmen auftreten können und wie diese von den Gemeinden gelöst wurden.

- *Als Meinungsbildner öffentlich zu Integrationsthemen Stellung beziehen*
In der Gemeindezeitung, bei Festreden oder Veranstaltungen – es gibt viele Möglichkeiten, um über die demographische Entwicklung der Gemeinde zu informieren oder Stellung zu Integrationsherausforderungen zu beziehen. Ein offener, ehrlicher Diskurs, der Integrationsherausforderungen thematisiert, signalisiert, dass dem Thema und den Menschen die angemessene Bedeutung beigemessen wird, und schafft umgekehrt Vertrauen in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Damit kann erreicht werden, dass alle Bevölkerungsmitglieder bereit sind, den direkten Kontakt zu politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten zu suchen (Erfahrungen aus der Marktgemeinde Neudörfli; Posch 2012).
- *Objektive Beurteilung von Förderbedarf*
Zusätzlicher Förderbedarf weist auf ein Defizit hin, das ausgeglichen werden soll. Die Beurteilung von zusätzlichem Förderbedarf sollte anhand objektiver, transparenter und damit für alle nachvollziehbarer Kriterien (standardisierte Sprachstandsfeststellungen) durchgeführt werden. Die bloße, subjektive Einschätzung reicht nicht aus und kann bei einer benachteiligten Gruppe oder bei einer Gruppe, die sich aufgrund von Vorerfahrungen benachteiligt fühlt, zu Abwehrreaktionen führen. Anhand objektiver Kriterien kann bspw. Eltern einfacher erklärt werden, warum die Teilnahme ihres Kindes an der Sprachfördermaßnahme sinnvoll erscheint (Erfahrung aus der Stadtgemeinde Wörgl, Kovacevic 2012).
- *Transparente Vergabeverfahren*
Zuzug in Gemeinden, insbesondere in solche mit vielfältigen Arbeitsplatzmöglichkeiten oder guter Verkehrsanbindung, findet statt. Aufgrund der Folgen des demographischen Wandels ist für viele Gemeinden Zuwanderung ein Segen. Ein schnelles Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung in einer Gemeinde erfordert die Bereitstellung von entsprechender Infrastruktur wie Wohnräume, Freizeitanlagen, oder Spielplätze. In welchen Wohnungen bzw. Wohnhäusern sich die Zugewanderten niederlassen, kann von der

Gemeinde aufgrund einer beschränkten Anzahl von gemeindeeigenen Wohnungen, oft nur erstmaligen Vorschlagsrecht bei der Vergabe von Genossenschaftswohnungen und fehlendem Zugriff auf den privaten Immobilienmarkt nur teilweise gesteuert werden. Die Vergabe von Wohnraum, auf den die Gemeinde Zugriff hat, sollte anhand transparenter Vergabeverfahren durchgeführt werden. Ansonsten kann schnell der Vorwurf kommen, dass gewisse Bevölkerungsgruppen (mobilitätseingeschränkte Personen, finanziell schwächere Personen und Familien) zulasten anderer Bevölkerungsgruppen (Ausländer/innen) bevorzugt behandelt werden. Die bewusste Förderung von gewissen Bevölkerungsgruppen ist erlaubt und oft notwendig. Jedoch sollten die Gründe dafür deutlich gemacht und kommuniziert werden.

- *Gute Vorbereitung von Veranstaltungen*

Wichtig für das Planen einer erfolgreichen Veranstaltungsreihe ist die Einbindung der Akteurinnen und Akteure aus Vereinen, Pfarren, Nachbarschaftszirkeln, Gemeinderat, Medien, Schulen, Jugendzentren oder Freiwilligenorganisationen. Gut vorbereitete Moderatorinnen und Moderatoren verhindern, dass nur Expertinnen und Experten zu Wort kommen, und schaffen ausreichend Zeit für Diskussionen zwischen Publikum und Podium. Die Veranstaltungsorte sollten im Idealfall in unterschiedlichen Räumen der Gemeinde sein. Ein gut sortierter Büchertisch, ein kleines Buffet und Getränke im Anschluss geben den Menschen die Möglichkeit, in direkten Kontakt zu treten. In der Zusammensetzung der Podien sollte immer auf eine gute Mischung von lokal verankerten Praktikerinnen und Praktikern, die das Wissen über die Realität vor Ort besitzen, sowie Expertinnen und Experten aus anderen Bereichen geachtet werden (Erfahrung aus der Veranstaltungsreihe „ZusammenReden“, Kreutzer 2012).

- *Involvierung und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund*

Menschen mit Migrationshintergrund bleiben eher unter sich und beteiligen sich wenig am gesellschaftlichen Leben. Dies ist häufig der Eindruck der Aufnahmegesellschaft, der oft auch zutreffend ist. Durch die aktive Ansprache und Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenvereine zur Mithilfe bei und Teilnahme an Festen und Veranstaltungen können auch Menschen mit Migrationshintergrund leichter erreicht werden. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Einbindung von Kindern mit Migrationshintergrund. Bei Fußballturnieren oder anderen gesellschaftlichen und z. T. auch religiösen Veranstaltungen, wo auch Kinder mit Migrationshintergrund eingebunden sind (z. B. Kindergarten- und Schulveranstaltungen wie Theateraufführungen oder die musikalische Umrahmung von Festen und Feierlichkeiten bspw. in Seniorenheimen), nehmen auch die Eltern mit Migrationshintergrund eher teil, denn Eltern – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – gemeinsam ist, dass sie an den Erfolgen und Erlebnissen der Kinder teilhaben wollen (Erfahrung aus der Gemeinde Neudörfel; Posch 2012).

- *Kontakte zu Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aufbauen*

Häufig wird die Frage gestellt, wie die Gemeinden die Menschen dazu bringen können, sich zu engagieren oder bei Festen und Veranstaltungen mitzumachen. Sinnvoll erscheint hierbei, Kontaktpersonen zu suchen (aus Migrantenvereinen, aber auch anderen örtlichen Vereinen) und diese persönlich anzusprechen (Erfahrung aus der Stadtgemeinde Knittelfeld; Lassnig 2012).

- *Ansprechpartner für „beide Seiten“ schaffen*

Das Integrationszentrum (IGZ) Wörgl wurde von den gebürtigen Wörglerinnen und

Wörglern als Ansprechstelle bei Problemen nicht genutzt. Durch die Besetzung der Leitung des IGZ Wörgl mit einem türkischstämmigen Mann wurde das IGZ Wörgl von den langansässigen Wörglerinnen und Wörglern als „Türkenorganisation“ wahrgenommen. Sie fühlten sich mit ihren Anliegen nicht vertreten. Die Stadtgemeinde Wörgl erkannte dies und reagierte darauf mit der Einrichtung von Sprechstunden, die vom Obmann des IGZ Wörgl, einem gebürtigen Wörgler, durchgeführt werden. Diese Sprechstunden werden sehr gut, hauptsächlich von der langansässigen Wörgler Bevölkerung, genutzt (Kovacevic 2012; Integrationszentrum Wörgl 2011).

- *Keine Bevölkerungsgruppe bevorzugen*

Von mehreren Gemeinden wurde betont, wie wichtig es sei, als Gemeindevertreter/in objektiv zu bleiben und keine Bevölkerungsgruppe zu bevorzugen, sondern die Bedürfnisse aller ernst zu nehmen.